

# Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

<p>Erscheint wöchentlich, Sonntags. Abonnementpreis M. 1 pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Post-Nr.: 3539.</p>	<p>Verantwortlich für die Redaktion, Expedition und den Anzeigenthail: H. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.</p>	<p>Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 30 <math>\frac{1}{2}</math>, Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 <math>\frac{1}{2}</math>, Versammlungsanzeigen 10 <math>\frac{1}{2}</math>. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
---	---	---

**Kollegen! Sorgt dafür, daß nach allen Orten, wo die Kollegen sich im Streik befinden, der Zuzug streng fern gehalten wird!**

## Lohnbewegung.

Zuzug ist fern zu halten von:  
**Drechsler** nach Dortmund (Feuerbaum), Trebbin (Jul. Poppe), Bodechem, Nürnberg (Kurz'sche Bleistiftfabrik), Hamburg (Böhmen);  
**Bau- und Möbelfachern** nach Dortmund (Born & Hoenig), Burg, Chemnitz (Wilhelm Zimmermann), Lüneburg, Neustadt an der Haardt, Berlin (Tischfabrik von Scholz, Weberstr. 7, 2. Hof, 2. St.), Herford (Weipohl), Bremerhaven, Geestemünde, Sehe, Offenburger (Simmler und Venator), Neutlingen, Niesha, Raumburg an der Saale, Kadeberg, München (Architekt Scheidl, Kapuzinerstr. 38), Görrach, Teterow (Wüter & Salow), Waldenburg, Löbtau, (Wischhoff & Mügner), Jena, Lehrte, Wittenberge (Tiege's Möbelfabrik), Braunschweig (Dampfschifferei von H. Mische), Grabow (Rubow & Walter), Ullm (Ch. Berger, Hofmöbelfabrik), Budapest, Prag und Salzburg;  
**Tischlern und Drechsler** nach Stuttgart und Schramberg (Julius Hofinger und Gebr. Junghans);  
**Möbelfachern** nach Hamburg (Firma Doose), Ottenfen (Firmen Klein und Heß & Niffel);  
**Musikinstrumentenarbeitern** nach Leipzig-Gohlis (Wohmann'sche Musikwerke);  
**Barfussbodenlegern** nach München (H. Schwarztopf);  
**Stellmachern** nach Hannover, Essen, Halle a. d. S. (Lindner'sche Wagenfabrik), Döbeln (Ulbrich), und Stuttgart (Hofwagenfabrik von Otto Mägele);  
**Schreibern, Maschinenarbeitern, Drechsler, Bildhauern, Polirern und Polirarbeitern** nach Fürth (Sommer und Leonhardt), Frankfurt a. d. O. (Gugo Schüler);  
**Möbelpolirern** nach Walbheim (Gunger & Regel);  
**Holzbildhauern** nach Würzen (Möbelfabrik von H. Streil);  
**Kistenmachern** nach Berlin (Schmidt, Albalberstr. 7);  
**Korbmachern** nach Walmö (Schweden), Bozen (Tirol).

## Schutz den Arbeitswilligen!

II.

Nachdem wir in dem vorigen Artikel unsere Stellung zu den Arbeitswilligen vom Standpunkte der organisierten Arbeiter aus behandelt haben, wobei wir zu dem Ergebnis kamen, daß die Herren Streikbrecher sich über mangelnden Schutz wahrlich nicht beklagen können, wollen wir die Frage heute von dem Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt und der Moral beleuchten. Wenn die famose „Begründung“ der Zuchttauvorlage die Behauptung aufstellt, daß es sich bei den „Arbeitswilligen um ruhige, in die Staats- und Rechtsordnung sich schickende, für den Staat besonders nützliche Elemente handelt, welche in ihren mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zu schützen eine wichtige und dringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist“, so beweist dies eben, daß die sozialpolitische Einsicht des betreffenden Verfassers, resp. seiner Hintermänner, unter aller Kritik ist. „Was ist denn der Arbeitswillige?“ so fragt mit Recht der Berliner „Vorwärts“ und giebt darauf folgende Antwort: „Der Arbeitswillige ist nicht nur der willige Sklave des Unternehmers, der sich nach dessen Lust und Laune behandeln und bis auf die Knochen ausbeuten läßt. Er ist häufig der rückständige Arbeiter, der bewußt das Streben seiner Arbeitsbrüder nach besseren Arbeitsbedingungen, nach höherer Lebensart stört und erfolglos macht. Wo immer Arbeiter den Versuch wagen, einen größeren Antheil an dem Erzeugniß, das sie in schwerer Arbeit geschaffen, zu gewinnen, antwortet der Kapitalist, indem er rückständige Elemente der Arbeiterbevölkerung mit gleichnerischen und später schnell gebrochenen Verprechungen herbeizieht, indem er seinen Patriotismus

durch Massen-zuzug billiger Hände aus Böhmen, Italien, Polen, Rußland bewährt. Diesen Billigen und Willigen — freilich ist zum Leidwesen der Unternehmer auch unter ihnen bereits eine bessere Erkenntniß erwacht — darf man verzeihen, denn sie wissen es nicht besser, und es gereicht ihnen zur Entschuldigun die Noth ihres Lebens, der Hunger der Familie; ihr verwerfliches Treiben selbst aber bleibt bestehen. Weit gefährlicher für die Arbeiterbewegung sind aber jene Individuen, die nur darauf warten, daß der Ausstand ihrer Arbeitskollegen ihnen Gelegenheit giebt zu höheren Löhnen, wenn auch nur auf kurze Zeit; denn diesen im Hinterhalt lauern den Leuten zählt der Unternehmer gern mehr als den Betrag, den er den Ausständigen verweigert.“

Diese Leute sind in den Augen der deutschen Regierungen „besonders nützliche Elemente, deren persönliche Interessen mit den Interessen des Staates zusammenfallen“. Durch dieses offene, unvorsichtige Bekenntniß verrathen die Lenker des Staates ihre Herzensgeheimnisse und thun Jedermann kund und zu wissen, daß der heutige Staat ein Klassenstaat ist, der lediglich den Zweck verfolgt, die Interessen der Kapitalistenklasse zu fördern und die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse niederzudrücken. Möge doch das Proletariat sich dieses Zugeständniß merken und sich seiner erinnern, wenn die Herren vom Regierungstische wieder einmal mit ihrem „warmen Herzen für die Arbeiter“ prahlen!

Betrachten wir einmal den Gedanken, welcher dem „Schutz der Arbeitswilligen“ zu Grunde liegt, etwas näher. Jedes Kind beinahe weiß heutzutage, daß es eine soziale Frage giebt, die immer brennender wird und gelöst werden muß, falls die Gesellschaft nicht in ein wildes Chaos verwandelt werden soll. Es sind nämlich Interessengegensätze in dieser Gesellschaft vorhanden, die sich um die Frage drehen: „Wie groß ist der Antheil, den das Kapital an den erzeugten Gütern der Gesellschaft hat resp. haben sollte, und wie viel fällt von diesen Gütern der Arbeiterklasse zu resp. sollte ihr zufallen?“ Das Kapital nimmt für sich — als arbeitsloses Einkommen — den Löwenantheil in Anspruch und möchte die Arbeiter am liebsten mit den Brokraten abspießen, die von seinem Tische fallen. Hiermit sind die zum Denken erwachten Arbeiter nicht mehr zufrieden, sondern erstreben eine Aenderung dieses Verhältnisses — was man ihnen doch wahrlich nicht verdenken kann. Es ist eben ferner zu beachten, daß die Produktion infolge verbesserter Technik und vollkommenerer Arbeitsmethoden von Jahr zu Jahr steigt und immer mehr Genusmittel auf den Markt wirft. Diese gesteigerte Masse der Güter fällt heutzutage von rechts- und gesellschaftswegen dem Kapital in den Schooß, das die Ertrugenschaften der Technik für sich in Anspruch nimmt, wenn nicht die Arbeiterklasse im Stande ist, ihre berechtigten Ansprüche energisch geltend zu machen und erfolgreich durchzusetzen. Da nun das Kapital freiwillig keine Zugeständnisse macht und nur der Uebermacht weicht, und da ferner der einzelne Arbeiter machtlos ist, so ist ein Zusammenschließen der Arbeiter und ein gemeinsames, planvolles Kämpfen eine unabweisbare Nothwendigkeit. Jeder Arbeiter aber, der seinen Kollegen bei diesem Kampfe in den Rücken fällt oder ihnen Steine in den Weg legt, ist —

wissentlich oder unwissentlich — ein Verräther an der Arbeitersache.

Jeder unparteiische Mensch, der die heutige Gesellschaft mit Verständnis betrachtet, wird zugestehen müssen, daß eine Hebung der Arbeiterklasse in geistiger und materieller Hinsicht eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist. Dieser Aufgabe zu dienen, sind die Arbeiterorganisationen da, aus diesem Grunde allein, und wahrlich nicht aus Frivolität, nehmen sie den Kampf mit dem Kapital auf, wobei der Einzelne so viele Opfer bringen muß, ohne die Gewißheit des Sieges vor Augen zu haben. Die Arbeit dieser Organisationen ist also im höchsten Grade kulturfördernd und volkfreundlich, weil sie dem volksverderbenden Kapitalismus einen Damm entgegensetzt. Wer diese Arbeit stört oder erschwert — und das thun die Streikbrecher — der ist in der That ein Volksfeind und ein reaktionärer Geselle.

Wie kommt nun die Regierung dazu, solche Leute „besonders nützliche Elemente“ zu nennen? Hat denn der Staat — selbst der heutige Staat — ein Interesse daran, daß Millionäre gezüchtet werden, während die große Masse des Volkes im Elend dahinlebt? Kann es ihm von Vortheil sein, wenn das Kapital die Arbeiterklasse in Grund und Boden hinein verdirbt? Da tagte kürzlich unter Mithilfe und wohlwollender Zustimmung der Regierung der Kongreß für Bekämpfung der Tuberkulose. Dort wurde von zahlreichen Autoritäten der medizinischen Wissenschaft nachgewiesen, daß die soziale Lage, die Ueberarbeit, die Unterernährung, die unmenhlichen Wohnungsverhältnisse, die eigentlichen Ursachen bilden für die entsetzlichen Verheerungen der Volksgesundheit durch den Tuberkelbazillus und für die widernatürlich frühe Sterblichkeit in den Arbeiterfamilien. Und wenige Tage später erklärt sich dieselbe Regierung für die Harmonie des Staatsinteresses mit den persönlichen Interessen der „Arbeitswilligen“, welche Denjenigen, die jene Ursachen zu beseitigen sich zusammenscharten, in den Rücken fallen.

So wird das Fortbestehen der Ueberarbeit, der Unterernährung, des Wohnungselends, der Schwindstuchtsseuche als höchstes Volksinteresse proklamirt! Wer diese Stellungnahme der Regierung verstehen kann, dessen Geist muß anders konstruirt sein, wie der unsere! Ein sozialpolitisch geschulter Mensch, dessen Verstand nicht durch Vorurtheile getrübt und dessen Herz nicht durch Geldbeutellinteressen verhärtet ist, muß uns also unbedingt zustimmen, wenn wir behaupten, daß ein Arbeitswilliger — abgesehen von seiner moralischen Qualifikation — nicht nur für seine Klasse selbst, sondern auch für den Staat ein durchaus schädliches Element ist, das im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung baldigst, und zwar durch entsprechende Aufklärung, beseitigt werden muß. Wir bedürfen aber keines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen in dem Sinne, wie die Zuchttauvorlage es will, wir brauchen viel mehr eine Erweiterung der Koalitionsfreiheit, um den anderen, noch rückständigen Elementen die Fackel der besseren Erkenntniß anzünden zu dürfen.

Wenn die verbündeten Regierungen Deutschlands aber mit aller Gewalt einen „Schutz der Arbeitswilligen“ durchführen wollen, so möchten wir ihre Aufmerksamkeit auf ein anderes banntbareres Arbeits-

feld richten. Der bekannte Berliner Fabrikant D. Weigert, der auf eine mehr als 40jährige Arbeitgeberthätigkeit zurückblickt, hat vor Kurzem eine Schrift veröffentlicht mit dem Titel: „Arbeitsnachweise und Schutz der Arbeitswilligen“, worin er folgende treffende Bemerkungen macht: „Sind unter „Arbeitswilligen“ etwa wirklich nur Diejenigen zu verstehen, die, wie einzelne Großindustrielle und mit ihnen verbundene Innungsmeister behaupten, von den Streiklustigen angeblich durch Drohungen und Anwendung von Gewalt behindert werden, bei drohenden oder eingetretenen Ausständen ihre Arbeit fortzusetzen, oder werden zu den Arbeitswilligen noch hauptsächlich und in Wirklichkeit auch Die zu zählen sein, die lediglich durch die ungewöhnlich strengen Bestimmungen und Handhabungen der den Arbeitsnachweisen der Arbeitgeberverbände zu Grunde liegenden Vorschriften ausgesperrt werden, weil sie ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehören und sich den Erziehungsmethoden der Arbeitgeberverbände nicht unterwerfen wollen? Sind nicht jerner den „wirklich Arbeitswilligen“ die gesammten Zugehörigen der Hausindustrie zuzuzählen, denen die Möglichkeit benommen ist, von dem Rechte der Koalition Gebrauch zu machen und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? Ist nicht amtlich festgestellt worden, daß allein in Berlin jährlich Hunderttausende „Arbeitswillige“ dem Elend und der Schande preisgegeben werden, weil sie mit ihrem jämmerlichen Arbeitsverdienst nicht auskommen können? Ist es nicht Thatsache, daß diese Kategorien von Arbeitswilligen mehr als andere des Schutzes bedürfen und zwar des Schutzes gegen ihre eigenen Arbeitgeber, die Arbeitswillige gegen Arbeitswillige, Darbenbe gegen Darbenbe auszuspielen, um ihren Zweck, Erhöhung des Geschäftsertrages, zu erreichen? . . . Unter dem Schlagwort: „Wir wollen Herren im Hause sein!“ sperren die Arbeitgeber die Arbeiter, welche den unter dem Schutze des § 152 der Gewerbeordnung errichteten Vereinen angehören, aus ihren Werkstätten aus und mischen sich dadurch unbefugterweise in die Privatverhältnisse ihrer Arbeiter ein . . . Sie entwerfen ein übertriebenes Bild von den Thränen der Frauen, die ihnen ihr Leib gellagt haben, daß ihre Männer daran gehindert werden, zu arbeiten, aber sie gedenken nicht der ungezählten Tausenden von Familienvätern, die sie wegen ihrer Zugehörigkeit zu den im Deutschen Reich gesetzlich erlaubten Organisationen ausgesperrt haben; sie erzählen nichts von den Thränen der Frauen und Kinder, deren Ernährer ohne Berufswahl erwerbslos geworden sind. Sollte ein Gesetz zum Schutze dieser Unglücklichen nicht nötiger, eine Unterdrückung der Maßregelungen dieser Kategorie von Arbeitgebern nicht heilsamer und gerechter erscheinen?“

Wir haben den Worten dieses wohlmeinenden Arbeitgebers, der seit 40 Jahren offenen Auges in's Leben blickt und sich von Vorurtheilen frei gehalten hat, eigentlich nichts mehr hinzuzusetzen. Wollen die Regierungen Deutschlands ihre Pflicht erfüllen, so mögen sie in dem oben geschilderten Sinne wirken und ihren Schutz den wirklich Schwachen und Hilfsbedürftigen angedeihen lassen, anstatt zum Vortheil des Kapitalismus Mittel- und Schergenstände zu leisten! Ersteres ist nicht nur ehrenvoller, sondern zeigt auch von einer größeren sozialpolitischen Einsicht als Letzteres. Leider aber wird die Arbeiterklasse auf eine solche vernünftige Stellungnahme seitens der Regierung noch lange warten können. Heutzutage ist nämlich Kapitalismus Trumpf, und der Wind in den höheren Regionen weht aus Saarakarien her, wo die Stämmlinge hausen. Wenn somit die Arbeiterklasse auf den Segen von oben vergeblich warten kann, so bleibt ihr nichts Anderes übrig, als ihre Schicksale selbst in die Hand zu nehmen und sich selbst bessere Verhältnisse zu erringen. Dies ist aber nur möglich durch eine starke, nach innen und außen gezielte Organisation, und darum muß als Antwort auf die reaktionären Absichten der mit dem Kapitalismus verbundenen Regierungen der millionenstimmige Ruf erschallen: „Hinein in die Organisation! Arbeiter aller Branchen und aller Orte: Organisiert Euch!“

**Recht und Rechtspredung.**

Als vor wenigen Jahren angesichts des Lebhaft an das braunkölnische Dresdener Urtheil erinnernde Effener Urtheil gegen Schröder und Genossen die bürgerliche Presse nicht wäbe wurde, fortwährend zu behaupten, daß die Geschworenen, so irrig sie vielleicht geurtheilt haben, jedenfalls nach bestem Wissen und Gewissen ihres Amtes waldeten, da schrieb in ebenso zutreffender als scharfsinniger Weise Nebling in der „Neuen Zeit“: „Gewiß war es ein großes Unglück für die bürgerliche Presse, wenn sich plötzlich Männer aus ihrer

Mitte fanden, die eid- und ehrvergessen einen wissentlich falschen Wahrspruch fällten; es ist aber ein noch viel größeres Unglück für sie, wenn zwölf ihrer Mitglieder, die nach ihrer eigenen Angabe ehrenwerthe und gewissenhafte Männer sind, unbewußt so sehr unter dem Einflusse ihrer beschränkten Klassenanschauungen stehen, daß sie Recht von Unrecht in einer sehr einfachen und klaren Sache nicht mehr zu unterscheiden wissen. Die bürgerliche Klasse dankt für das Richteramt, das sie über die arbeitenden Klassen beansprucht; sie entkühlt selbst in einer wichtigen Beziehung den durchaus hinfalligen Charakter ihrer Herrschaftsansprüche.“

Gewiß sind diese Worte heute zutreffender als je. Die eigenthümliche Schneidigkeit und Schärfe, mit der in letzter Zeit Göttin Justitia der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter an den Leib rückt, braucht keineswegs das Ergebnis einer willkürlichen Voreingenommenheit, oder eines selbst empfundenen Rechtsbruches zu sein. Nicht bis zu jenem Punkte, wo ein thatsächliches Richteramt aufhört und kalte, absichtlich berechnende Parteilust anfängt, braucht die moralische Entartung des Bürgerthums vorgeschritten zu sein, um die innere Fäulnis einer Klasse zu dokumentiren, die unfähig, große Aufgaben zu lösen, und über die die „Geistesheroen deutscher Kultur nur vorüber rauschten wie ein Zug Kraniche“.

Im Klassenstaate liegt eben in der Thatsache, daß Männer, denen allein insofern ihrer sozialen Position das Richteramt übertragen ist, „nach bestem Wissen und Gewissen“ urtheilen — noch keine Gewähr für eine parteilose Rechtspredung sind. Seit jenen Zeiten, da man aufhörte, das einzelne Individuum mit dem Gesichtskreise seiner Vorstellungen von der Außenwelt zu trennen und mit der Sonde empirischer Forschung die Beweggründe alles menschlichen Handelns zu durchdringen, haben sich auch unsere Anschauungen über die Institutionen des Rechtes und der Moral wesentlich geändert. Wir erblicken in beiden Richtungen nicht mehr absolute Erscheinungen, die, unabhängig von der sozialen Struktur der Gesellschaft, in den Köpfen der Menschheit ihr geistiges Dasein behaupten, und im Gegensatz zu den seltsamen Kinderträumen des geschichtlichen Idealismus haben wir begriffen, daß die Welt der Gedanken und Gefühle innig mit den sozialen Bedingungen des Lebens verknüpft ist. Wenn also demnach das Recht kein absoluter Begriff ist, so muß auch die Handhabung desselben einer ewig schwankenden Norm unterliegen, wenn die Formen des sozialen Baues wechseln und sich der Welt der Ideen und Vorstellungen unterordnen. Dieser kausale Zusammenhang von Ursache und Wirkung ist es nun, der uns die Stellung der Bourgeoisie und ihrer Richter gegenüber der mächtig emporkommenden Arbeiterbewegung würdigen und begreifen lehrt. Der Gegensatz zweier Klassen in wirtschaftlicher Beziehung bedingt nothwendig, daß objektiv gleichgeartete Erscheinungen ungleich und verschiedenartig aufgefaßt werden. Die Welt des fatten Bourgeois, der, weil er in der gegebenen Ordnung die höchste Stufenleiter menschlicher Kultur erblickt, jeden gegen diese unternommenen Angriff energisch zurückweist, ist naturgemäß eine andere, als jene, die im geistigen Gefühlskreis des unterdrückten und kampfbereiten Proletariats besteht. Die Bourgeoisie von heute erkennt in dem Bestande jener Ordnung, die sich als Ursache der ökonomischen Knechtschaft der Arbeiterklasse erweist, die Vorbedingung ihrer Herrschaft und das Mittel zur Knechtschaft, die sie übt, und vertheidigt sie als geheiligte Institution. Für sie ist daher Alles, was auch nur scheinbar zusammenhängt mit einem auf die Beseitigung dieses Zustandes gerichteten Beginnen, gleichbedeutend mit Meuterei und Empörung, die bestraft werden muß, nach dem alten Grundsatz: fiat justitia perezat mundus. Aber ihre Gerechtigkeit, die geübt werden muß, und sollte die Welt darüber zu Grunde gehen, ist die der subjektiven Auffassung entsprechende Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit der Bourgeoisie als Klasse, die für sich als eng begrenzte Welt ihre eigene Moral und Rechtsauffassung besitzt. Sie sieht, umgeben und beeinflusst von anderen gesellschaftlichen Sphären, fremd und verständnißlos den Erscheinungen gegenüber, wie sie mit Nothwendigkeit der Kampf der arbeitenden Klassen zeitigt, und kennt nicht die Triebkräfte, die das Proletariat bei seinem Handeln bewegt. Für sie gilt als Klasse, was Stirner als das Endergebnis des konsequenter Anarchismus für den „Einigen“ gelten läßt: „Eure Gedanken sind nicht meine Gedanken, und Eure Wege sind nicht meine Wege.“ (Stirner, „Der Einzige und sein Eigenthum.“)

So mögen die mit dem Richteramt betrauten Männer aus dem Bürgerthum „nach bestem Wissen und Gewissen“ über die Dresdener Bauarbeiter ihr Verdict gesprochen haben, wie es geschah in anderen Tausenden von Fällen, und noch weiterhin geschehen wird. Aber „Wissen und Gewissen“ ist kein Attribut, das, los-

gelöst von den realen Dingen der Wirklichkeit, gleichsam frei über allen Gewässern schwebt. Wissen und Gewissen schöpft man aus der Welt, in der man lebt. Und weil der Klassengegensatz naturgemäß zwei scharf voneinander geschiedene Welten von Gefühlen und Gedanken schuf, so mußte mit Nothwendigkeit der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat jene Formen annehmen, die er heute in Deutschland besitzt. Jeder Streit ist demnach, weil der Zweck in einer Forderung des Hörigkeitsverhältnisses besteht, in den Augen des Unternehmers ein die Fundamente der „Ordnung“ erschütterndes Verbrechen, und selbst Ausschreitungen, die nur in entferntem Maße einen Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter verrathen, qualifiziren sich als schwer zu ahnende Delikte. Gewiß hat auch der Löbtauer Krawall nichts mit der gewerkschaftlichen Bewegung gemein, und doch meinen wir, handeln Jene, die ihn mit den Bestrebungen der organisirten Arbeiterschaft in Verbindung bringen, ganz richtig, von ihrem Klasseninstinkt geleitet. Gäbe es keine Arbeiterbewegung in Deutschland, so wären die Verurtheilten wohl sicherlich nicht auf den Bau des Klemm gegangen, um die Einhaltung des Zehnstundentages zu verlangen, und die Arbeiter wären nicht durch infame Herausforderungen zu ihren so schwer gefühnten Thaten gereizt worden.

Dieses Klasseninteresse aber, das die Bourgeoisie instinktiv zur schwerwiegenden Ahndung aller jener Vergehen treibt, die als Erscheinung ungesunder Zeitverhältnisse an die Oberfläche des öffentlichen Lebens treten, trübt den Scharfblick bei Jenen, in deren Händen die Rechtspredung ruht, und muß schließlich auch dazu führen, das öffentliche Rechtsbewußtsein der wirtschaftlich Schwachen zu erschüttern. Das ist es, was den Herrschenden den Ausblick nach jenem „Rechte, das mit uns geboren“, verdunkelt, und was dem Proletariat den Glauben an die Unparteilichkeit der Justiz benimmt. Und damit eben gelangen wir wieder zu der unanfechtbaren Wahrheit des schon oben zitierten Satzes: „Die bürgerliche Klasse dankt damit ab für das Richteramt, das sie über die arbeitenden Klassen beansprucht“; und nur eine neue Gesellschaft mit neuer, gesunder Ordnung, ohne Ungleichheit und schreienden Widerspruch, kann versöhnen und den Weg finden lassen zu einem einheitlichen Rechte. Fr. L.

**Eine tragikomische Innungsgeschichte.**

Getreu den künstlerischen Traditionen und um sich zu schützen vor dem Ruin, der ihrem Gewerbe durch die allgemeine technische Entwicklung, durch die Konkurrenz der großen Möbelhandlungen und in Neuminster auch noch besonders durch die mit Maschinen versehenen Tischlereibetriebe der Zimmermeister droht, beschloffen die Herren Tischlermeister, sich an ihrem eigenen Poppe aus dem Sumpfe zu ziehen und eine Zwangsinnung für das Tischlerhandwerk in's Leben zu rufen. Die bisher ein beschauliches Dasein fristende „freie Innung“ wurde aufgelöst und von den Hauptmataboren der geplanten Zwangsinnungsaktion die nothwendige Vorarbeit zur Erfüllung ihres Ideals unternommen.

So machten sich die Herren denn auch daran, für ihr Schmerzenskind eine Wiege herzustellen, in der es sich nach Belieben recken und freuden könnte. Sie nahmen dazu freilich „Holz vom Fichtenstamme“, aber nicht nur von ihrem eigenen, sondern auch von dem ihrer Gefellen. So entstand das Innungsstatut.

Die rabiaten Tischlergefallen waren damit aber nicht einverstanden und schlugen Krakehl. In der vom Innungsvorstand zum 20. April einberufenen Versammlung der bei Innungsmitgliedern beschäftigten Tischlergefallen (zirka 40 von zirka 100 am Orte Beschäftigten) erhielt die Innungsherrlichkeit ein arges Loch. Der stellvertretende Bevollmächtigte der Zahlstelle Neuminster des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Wilh. Dittmann, legte den verduzten Herren Innungsmeistern vorerst in knappen Zügen die prinzipiell ablehnende Stellung klassenbewußter Arbeiter zur ganzen Handwerkerzunft dar, jagte den Herren dann einige bittere Wahrheiten über ihre Supotenz zur Erfüllung der ihnen durch das neue Handwerkergesetz gestellten Aufgaben und nahm sich sodann das Statut der Innung vor, das er grausam zerpfückte. Er wies den Herren durch Gegenüberstellung einer Anzahl Paragrafen der Gewerbeordnung mit Bestimmungen des Innungsstatuts nach, daß sie redlich bestrebt seien, die an sich schon geringen Rechte des Gefellenauschusses illusorisch zu machen.

Das Innungsstatut wimmelte von unklaren, sinnlosen und ungeleglichen Bestimmungen. Der Absatz 3 des § 39 des Statuts, der eine dreimonatliche Beschäftigung bei Innungsmitgliedern für die Wählbarkeit in den Gefellenauschuß fordert, sei direkt ungeschicklich. Er sei weder im Normalstatut, noch im Gesetz selber enthalten. Gesetzlich werde nur Volljährigkeit, also ein Alter von 21 Jahren und die in den §§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmte moralische Qualifikation zum Amte eines Schöffen gefordert.

In eskalantester Weise zeige aber der Absatz 7 des § 39 des Statuts die Absicht der Meister, den Gefellenauschuß zur Strohpuppe zu degradiren. Es heiße in dem betreffenden Absatz: „Für die Mitglieder des Gefellenauschusses endet die Mitgliedschaft, wenn sie nicht mehr bei Innungsmitgliedern beschäftigt sind.“ Der § 95 c der Gewerbeordnung belege dagegen ausdrücklich, daß die Mitgliedschaft erst drei Monate nach dem Austritt ende, sofern der Betreffende im Bereiche der Innung verbleibe.

Dieser § 95 c der Gewerbeordnung sei auch in die Normalstatuten übernommen und bilde das Rückgrat des ganzen Gefellenauschusses. Er verleihe den Meistern die Lust an der Maßregelung eines unglücklichen Auschussmitgliedes, da dasselbe,

wenn es gemafregelt, bei einem Zimmermeister in Arbeit treten und dann noch während dreier Monate den Herren Tischlermeistern den Kopf waschen könne.

Auf eine dem Gesetz entsprechende Aenderung des Innungsstatuts würden die Gesellen auf alle Fälle bringen. Wenn die Meister glaubten, daß ihr Statut unbedingt Giltigkeit besitze, da es vom Bezirksauschuß in Schleswig genehmigt worden sei, so befänden sie sich auf dem Holzwege.

Als D. dazu überging, es zu geißeln, daß die Einladung der Gesellen zur Versammlung von den Meistern theils erst 2 bis 10 Stunden vorher, theils überhaupt nicht erfolgt sei, während das Statut festsetze, daß die Einladung mindestens 24 Stunden vorher zu erfolgen habe, da unterbrach ihn der die Versammlung leitende Obermeister, Herr Tischlermeister Süverkrübbe.

Er erklärte, daß die Gesellen nicht zur Aeußerung über das Statut, sondern nur zur Vornahme der Wahl eingeladen seien. Da sie jedoch nicht zahlreich genug erschienen seien (was auf das Konto der famosen „Einladung“ zu setzen ist), wolle er die Wahl nicht vornehmen lassen und schließe deshalb die Versammlung.

Nach diesem obermeisterlichen Bravourstückchen wollten offenbar auch die anderen Herren des Innungsvorstandes ihre Kenntnis parlamentarischer Ordnung vor den staunenden Gesellen glänzen lassen. Sie versuchten jetzt, nach Schluß der Versammlung, die Ausführungen D.'s zu widerlegen. Sie versuchten dabei aber mit einem derart bemunderungswürdigen Ungeheiß, daß einige kurze Zurufe D.'s genügten, die Herren theils noch mehr zu blamiren, theils sie gänzlich verstimmen zu machen. Herr Süverkrübbe mochte wohl ob der Weisheit seiner Krlegen etwas schwül geworden sein, er forderte den Schriftführer zur Verlesung des Protokolls auf, und nachdem dies geschehen, schloß er die Versammlung — zum zweiten Male. Acht Tage später, am 27. April, fand eine neue Versammlung zu gleichem Zwecke statt. In der durch den Verlauf dieser Versammlung bestätigten Voraussetzung, daß sie das Wort nicht wieder erhalten würden, gaben die Gesellen nun eine schriftliche Erklärung ab, daß sie nur dann die Wahl vornehmen würden, wenn der Innungsvorstand zu Protokoll der Versammlung die Ungültigkeit des Absatz 7 des § 89 des Statuts anerkenne und sich zur Vornahme einer dem Gesetz entsprechenden Aenderung verpflichte.

Auf dies im Interesse des Zustandekommens der Wahl bewiesene Entgegenkommen der Gesellen gingen die Meister in ihrer Hochbeinigkeit überhaupt nicht ein, erklärten vielmehr kategorisch, nur nach dem Statut wählen lassen zu wollen.

Auf Antrag D.'s ward die Erklärung der Gesellen dem Protokoll beigefügt und dem Protokoll selbst ein Zusatz angehängt. Auch diese wieder resultatlos verlaufene Versammlung wurde zweimal, einmal vor und einmal nach Verlesung des Protokolls, geschlossen!

Die Gesellen forderten darauf den Stadtmagistrat als Aufsichtsbehörde der Innung auf, die klugen Tischlermeister zu einer dem Gesetz entsprechenden Aenderung veranlassen, oder aber eine Versammlung einberufen und in dieser die Wahl nach der Gewerbeordnung vornehmen lassen zu wollen. Unter dem 24. Mai antwortete der Stadtmagistrat darauf, daß die Eingabe dem Bezirksauschuß vorgelegt worden sei. Der von den sieben-gesetzten Innungsmeistern dürpichte Bezirksauschuß wird ihnen jetzt hoffentlich Achtung vor dem Gesetz beibringen.

Wir sagen „düpichte“, denn Herr Tischlerinnungsoberrmeister Süverkrübbe ist bereits vor Einreichung der Statuten an den Bezirksauschuß darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Absatz 7 des § 89 des Innungsstatuts in krassem Widerspruch mit dem Gesetz steht. „Wenn es nur genehmigt wird, ist Alles gut; wir versuchen es erst einmal“, war seine Antwort. Und der Schwabensreich gelang ja auch wirklich. Wie das freilich möglich war, ist uns räthselhaft, da wir als loyale Staatsbürger doch annehmen müssen, daß der Bezirksauschuß das Gesetz kennt und auch seine Genehmigung zu einer Sache nur nach reiflicher Ueberlegung erteilt.

In der Eingabe an den Stadtmagistrat erklärten sich die Gesellen bereit, mündlich noch auf eine Anzahl unklarer und sumloser Stellen des Statuts aufmerksam zu machen.

Um es zu ermöglichen, sich an diesem Unikum eines Innungsstatuts zu ergötzen, wollen wir hier eine kleine Blüthenlese unsanft mittheilen:

Der § 4 des Statuts sagt, daß „alle Diejenigen, welche im Bezirke der Innung das Tischlergewerbe selbstständig betreiben“, Mitglied der Innung sind. Daß auch die Zimmermeister in Neumünster, die sich schon bedanken würden, der Innung anzugehören, „das Tischlergewerbe selbstständig betreiben“, scheint den Innungsferzen unbekannt zu sein. Gesetz und Normalstatuten schließen Alle, welche das Gewerbe fabrikmäßig betreiben — was in diesem Falle für die Zimmermeister zutreffen würde — vom Beitrittszwange aus. Also!

Der § 5 spricht von der Schlichtung von Streitigkeiten darüber, wer der Innung angehören muß und wer berechtigt ist, ihr beizutreten. Bestimmungen darüber, wer denn eigentlich zum Beitritt nicht verpflichtet aber berechtigt ist, sucht man jedoch im Statut vergebens. Nur dort, wo es an's Bezahlen geht, tauchen plötzlich auch „freiwillige Mitglieder“ der Innung auf. Und zwar sollen diese und diejenigen Meister, welche in der Regel weder Gesellen noch Lehrlinge beschäftigen, einen festen Beitrag zahlen.

Nun wird nicht etwa die Höhe dieses „festen Beitrags“, sondern ein nach der Zahl der beschäftigten Gesellen und Lehrlinge abgestufter Tarif festgesetzt. Also ein fester Beitrag, der schwankt, nicht fest ist! Wirklich eine Prachtleistung! Doch nicht nur das! Diese je nach der Zahl der beschäftigten Leute schwankenden Beiträge sollen ja diejenigen Meister bezahlen, die überhaupt keine Leute haben. Wer also keine Leute hat, muß für sie bezahlen! So unglücklich das Alles klingen mag, so steht es doch schwarz auf weiß im § 13 des Statuts.

Diejenigen der Innungsmglieder, welche in der Regel Gesellen und Lehrlinge beschäftigen, brauchen überhaupt nichts zu zahlen, wenigstens sagt das Statut darüber nichts.

Im § 17 wird auf Absatz 2 des § 30, und im § 19 auf Absatz 2 des § 18 hingewiesen. Die §§ 30 und 18 betreffen jedoch nur aus je einem Absatz. Im § 83, der vom Ausschuß für das Gewerbewesen handelt, findet sich folgende tiefgründige Weisheit:

„Die andere Hälfte der Mitglieder wird vom Gesellen-ausschuß gewählt, welche seit mindestens drei Monaten bei Innungsmgliedern in Arbeit stehen“ usw. Dunkel ist der Rede Sinn. Worauf bezieht sich denn das „welche“?

Doch genug des grausamen Spiels; offenbar fehlt vor dem Worte „gewählt“ ein Satztheil, der in den Normalstatuten lautet: „aus der Zahl derjenigen wahlberechtigten Gesellen“.

Einige weitere Schnitzer wollen wir den so arg mitgenommenen Meistern des ehrsamten Tischlerhandwerks schenken; um ihnen kondoliren zu können, reichen die mitgetheilten schon übergenug aus.

Wir wollen nur noch bemerken, daß die Herren ihr Statut aus den Normalstatuten zusammengeknoppelt haben, ohne aber den logischen Zusammenhang begriffen und ihn zwischen den verkürzt übernommenen Theilen hergestellt zu haben.

Für heute wollen wir die so jäh in ihrer Innungsschwärmerie gestörten hochwohlweisen Tischlermeister Neumünsters verlassen. Wir werden aber feinerzeit auch über den Schlußact dieses tragikomischen Dramas berichten.

**Handlman.**

**Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage. (Schluß.)**

Am 3. Verhandlungstage machte der Staatssekretär Graf Posadowsky noch einmal den vergeblichen Versuch, den Reichstag von der Nothwendigkeit eines Zuchthausgesetzes zu überzeugen. Er erklärte, daß der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung einstimmig von allen deutschen Regierungen beschlossen worden sei. Um unseren Lesern einen vergnügten Augenblick zu bereiten, bruden wir einen Theil der Rede ab. Es heißt dort:

„Es sind hier auch Angriffe gegen die Denkschrift laut geworden. Herr Nieberding hat bereits gesagt, daß die Denkschrift garnicht dazu da ist, um die einzelnen Paragraphen des Entwurfs zu begründen, sondern lediglich, um ein Bild von den Arbeiterkämpfen der Zeit zu geben. (Zuruf: Und was für eins!) Bei der Zusammenstellung sind wir ganz unparteiisch verfahren (Große Heiterkeit), indem wir sogar Aeußerungen aufgenommen, die vielleicht einer berechtigten Kritik unterliegen (Schallende Heiterkeit), nur um das Material Ihnen vollständig vorlegen zu können.“

Wenn wir vorwiegend nur Polizeibehörden, Staatsanwälte usw. gehört haben, so war dies in diesem Falle der einzig richtige Weg. (Heiterkeit.) Wir konnten doch nicht die Parteien selbst, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer fragen, wir fragten daher die unparteiischen Organe des Staates. (Stürmisches Gelächter.) Ja, meine Herren, wenn Sie die Unparteilichkeit der Staatsorgane angreifen wollen, so wird das im Auslande nicht schmeichelhaft für uns wirken; ich würde das als Abgeordneter nicht thun.

Was den Terrorismus der Arbeiter betrifft, so will ich Ihnen nur ein Schreiben anführen, daß mir gestern von einer sehr angeesehenen Person überhandt wurde — ich habe bereits telegraphisch revidiren lassen, aber leider bis jetzt noch keine Antwort erhalten. (Heiterkeit.) Der Betreffende theilt uns da mit, daß in der Stadt, wo er lebt, der Terrorismus der Streikenden so zugenommen hat, daß er sich auch auf die Schulkinder in der Schule erstreckt. (Große Heiterkeit.) Die Schulkinder der Streikenden masträtiren und chikaniren die Schulkinder der Arbeitwilligen in einer Weise, daß Letztere gezwungen sind, die Arbeit niederzulegen, nur um ihre Kinder zu schützen. (Schallende, lang anhaltende Heiterkeit.) Nebner, erstaunt, macht längere Pause. Zuruf: Wo war denn das? Ja, das kann ich Ihnen erst mittheilen, wenn meine Recherchen zurückgekommen sind.“ (Erneute Heiterkeit.)

Nebner schloß mit den Worten, daß die Vorlage eingebracht worden sei, um durch eine verständige Beschränkung der Koalitionsfreiheit den Terrorismus der Arbeiter zu beschränken. Diese Aeußerung steht allerdings in direktem Widerspruch zu der Ausführung des Reichskanzlers, daß die Regierung garnicht die Absicht habe, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten und stimmt auch nicht mit der Behauptung desselben Nebners am ersten Tage überein, daß Niemand daran denke, die Koalitionsfreiheit aufzuheben oder auch nur zu beschränken.

Der zweite Redner des Tages war der liberale Sozialreformer, Brauereidirektor Rösche, der in ganz vorzüglicher Weise sprach. Einige Sätze aus seiner Rede seien herborgehoben: „Dieser Gesetzentwurf bedeutet nicht nur einen Schlag gegen die Koalitionsfreiheit, sondern auch einen Schlag gegen den Reichstag. Der Reichstag hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß er die Koalitionsfreiheit, wie wir sie haben, nicht für genügend hält. Er konnte eine solche Vorlage um so weniger erwarten, als von Seiten der verbündeten Regierungen die feierliche Erklärung abgegeben ist, daß das Verbot des Inverbinduntretens politischer Vereine aufgehoben werden solle, und diese feierliche Erklärung noch bis heute nicht eingelöst ist. Am allerwenigsten ist aber der jetzige Zeitpunkt geeignet zum Einbringen einer solchen Vorlage. Wir stehen in der Zeit einer gewaltigen industriellen Entwicklung und da wäre es die Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß womöglich alle Klassen der Bevölkerung von dieser Entwicklung Nutzen haben, und nicht an letzter Stelle die Arbeiter. Ich stimme mit Herrn Nebel aber durchaus darin überein, daß die Löhne der Arbeiter lange nicht in dem Verhältniß gestiegen sind, wie man es erwarten konnte. Die einzige Waffe für die Arbeiter aber, um sich höhere Löhne zu erringen, ist das Koalitionsrecht und das darf ihnen nicht beschränkt werden. Die Unternehmer finden es ja ganz selbstverständlich, daß sie die Konjunktur ausnutzen, um ihre Preise nach Möglichkeit zu erhöhen. Man würde Denjenigen für einen schlechten Geschäftsmann halten, der das nicht verstände. Wenn es sich um Forderungen der Arbeiter handelt, sind die Unternehmer leider meist geneigt, dieselben ohne Weiteres zurückzuweisen, sie machen immer gleich eine Machfrage daraus, wie es den Arbeitern immer vorgeschrieben wird. Dieses Gesetz ist ein Ausnahmengesetz, das bei Weitem schlimmer ist, als die Unsturzvorlage und das Sozialistengesetz, insofern, als es sich nicht gegen eine politische Partei, sondern gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse wendet. Es kommt mir wirklich wie ein Hohn vor, wenn da noch immer davon geredet wird, Licht und Schatten seien gleich vertheilt. Nicht nur werden Verstöße von Arbeitgebern milder behandelt, man hört meist überhaupt garnichts von ihnen, da sie sich hinter verschlossenen Thüren abspielen. Ich sehe ja mitten drin im Gewerbe, ich muß doch also wissen, was im gewerblichen Leben vorgeht, und habe ein größeres Recht darüber zu sprechen, als die Herren von der Regierung, die keine praktische Erfahrung haben. Uebel

nehmen kann man es den Arbeitern doch nicht, wenn sie sich gegen Leute wehren, die ihnen als Streikbrecher in den Rücken fallen und so den Erfolg des Streiks verhindern. Ich halte auch die Arbeitwilligen durchaus nicht für die besten Arbeiter, wie der Herr Staatssekretär. Wenn alle Arbeiter so wären, würden sie sich auch mit den niedrigsten Löhnen zufrieden geben und das würde nur die Konsumfähigkeit der Arbeitervelt vermindern und damit unserem ganzen Handel und der Industrie schaden. Der Staatssekretär hat uns heute von dem Terrorismus der Schulkinder berichtet. In welcher Beziehung steht denn dieser angebliche Terrorismus zur Vorlage? Höchstens könnte man doch daraus ein Gesetz zum Schutz der Schulkinder herleiten. Was wird denn arg geschehen sein? Die Kinder werden sich, wie das ja auch bei Wahlen vorkommt, gestritten haben. Der eine Junge sagt, ich bin für den Streik, der andere ist dagegen und wenn sie sich nicht einigen können, dann hauen sie sich, wie wir das in unserer Jugend auch gethan haben (Heiterkeit und sehr richtig, links). Der Herr Staatssekretär hat vorhin über die Entstehung der Vorlage Mittheilungen gemacht. Er hat dabei die Rede des Kaisers besprochen, die er in Violefeld gehalten hat und in der es hieß: „Scharfste Strafe Demjenigen, der einen Anderen an freiwilliger Arbeit hindert“. Ich weise auf diese Rede des Kaisers hin, die den Anlaß zu dieser Vorlage gegeben hat und richte die Anklage gegen die Räte der Krone, daß sie den Kaiser nicht dahin berathen haben, daß die in dieser Rede niedergelegten Ansichten richtig sind. Wie sollen denn die einzelnen Fürsten auch ein ganz richtiges Urtheil über die ihnen doch fern liegenden allgemeinen gewerblichen Verhältnisse bekommen? Pflicht der Räte der Krone wäre es nun, dem Monarchen zu sagen, daß sich die Dinge in ganz anderer Beleuchtung darstellen, wenn diese Darstellung nicht von Arbeitgebern, sondern von Arbeitern ausgeht. Gätten die Räte der Krone diese Pflicht erfüllt, so hätte der Kaiser gewiß nicht die zweite Rede in Vehnhausen gehalten, in der das Zuchthaus angebroht war. Ich für meine Person würde mich schämen, einem Reichstage anzugehören, in welchem ein solches Gesetz angenommen werden könnte.“

Der Handelsminister Brestel, der sodann das Wort ergriff, verwahrte sich dagegen, daß sein Vorredner die Person des Kaisers in die Debatte gezogen habe und der sächsische Bevollmächtigte Fischer machte die eigentlich überflüssige Bemerkung, daß seine Regierung (Er, herrschese!) der Vorlage zugestimmt habe; das hätten wir auch ohnedies geglaubt. Noch drei fernere Redner, der Demokrat Hausmann (Württemberg), der Pole v. Czarlinski und der Elsäßer Winterer, sprachen im Interesse der Koalitionsfreiheit und der freiblichen sozialen Entwicklung gegen das Gesetz.

Am vierten Tage gelangte die Zuchthausvorlageebatte zum Abschluß. In zweieinhalbstündiger Rede faßte der sozialdemokratische Abgeordnete Heine noch einmal alle Bedenken gegen den ungeheuerlichen Gesetzentwurf zusammen, zugleich scharfe Kritik über den letzten Ausführungen der Regierungsvertreter und ihrer konservativen Helfershelfer. Eingebend legte er an der Hand der Thatfachen dar, daß der wahre Grund der ganzen Aktion in nichts Anderem als in der planmäßig fortgesetzten Treiberei gewisser industrieller Kreise zu suchen sei, einer Treiberei, welcher ja bereits die Justiz in zahlreichen Urtheilen Rechnung getragen habe. Speziell die sächsische Justiz wurde vom Redner gebührend beleuchtet. Auch erinnerte er daran, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky im vorigen Jahre gesagt: Das Koalitionsrecht sei nicht so notwendig in einem Lande, wo das allgemeine Wahlrecht herrsche. Und jetzt verfiere derselbe Mann, dieses Recht soll nicht angetastet werden! Mit großem Nachdruck trat Redner der elenden, demagogischen Lüge entgegen, daß die Streiks „sozialdemokratische Machenschaften“ seien. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse an nutzlosen Streiks, welche die Kräfte der Arbeiter lahm legen und für höhere politische Ziele unbrauchbar machen. Weiter führte er aus, daß die Streikbrecher, welche man besonders gefehlichen Schutzes theilhaftig machen wolle, nicht gleichwerthig seien mit ihren organisirten Kollegen, welche eine Erhöhung der Lebenshaltung für die Arbeiter erstreben.

Staatssekretär Nieberding machte unter aufrichtigen Mitleidsbezeugungen des Hauses nochmals den Versuch, zu beweisen, daß man es nicht mit einem Ausnahmengesetz zu thun habe, während der Ministerialdirektor v. Boeckhe lebhafteste Heiterkeit herborrie durch die Erklärung, daß die Verfasser der Denkschrift selbstverständlich für dieselbe die volle Verantwortung übernehmen. Als ob damit der Wahrheit und Gerechtigkeit etwas gebietet wäre! Diesem Herrn hat es die arme Streikbrecherin angehan, mit der, wie in der Denkschrift erzählt wird, ein Arbeiter nicht tanzen wollte. Herr Boeckhe behauptete fühllich: eine größere Beleidigung für ein ehrbares Mädchen könne er sich nicht denken! Wenn aber ehrbare sozialdemokratische Mädchen und Frauen vom Ordnungsbeldenthum angepöbel werden, so versteht sich das ganz von selbst.

Der konservative Abgeordnete und zünftlerische Schneidermeister Jacobskötter versicherte, daß die Handwerksmeister die Vorlage mit Freuden begrüßt hätten und von diesem Gesetze die Erlösung vom unerträglichem Terrorismus der Gewerkschaften erhofften!!! Nachdem dann noch der Abgeordnete v. Hohenberg (Welfe) und der Zentrumsabgeordnete Wähler kurze Erklärungen gegen die Vorlage abgegeben hatten, fand die Abstimmung über den Antrag Lebekow statt, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Dieser Antrag wurde mit erdrückender Majorität gegen die Stimmen der Konservativen, der Antifemiten und einiger Nationalliberaler abgelehnt.

Damit ist das Schicksal der Vorlage einstweilen festgelegt. Die Arbeiterschaft darf aber in ihrer Agitation gegen die Vorlage nicht erlahmen, da die Scharfmacher sich bereits von ihrem ersten Schreck über die Niederlage wieder erholt haben und neuen Muth schöpfen. Die Vorlage ist nicht begraben, sondern nur schwindend.

Die Buchhandlung Vorwärts wird alsbald die Verhandlungen genau nach dem amtlichen stenographischen Bericht in Brotschürrenform veröffentlichen. Mögen auch unsere Leser mit für weiteste Verbreitung sorgen. In der Veranstaltung von Protesten darf kein Stillstand eintreten. Noch immerfort muß es durch das ganze deutsche Reich gellen: Nieder mit dem Zuchthausgesetz und der Politik, die es geboren!

**Kollegen! Der gewaltige Kampf, wie er sich in Stuttgart zwischen unseren Kollegen und deren Arbeitgebern abspielt, erfordert große Mittel, die angesichts vieler anderer noch zu unterstützender Streiks aus der Hauptkasse allein nicht gedeckt werden können. Es ist daher dringend erforderlich, daß jeder einzelne Kollege finanziell nach Kräften dazu beiträgt, den Uebermuth der süddeutschen Möbelindustriellen zu brechen und unseren kämpfenden Kollegen zum Siege zu verhelfen.**

**Die Zitate des Grafen Posadowsky.** Ebenso schändliches Vech, wie mit seinem „Anekdotenschab“ zur Zuchthausvorlage, hat Graf Posadowsky mit seinen Patronen, die er beim Gefecht um die Zuchthausvorlage im Reichstage abknallte, da sie sich als Klapppatronen gezeigt haben. Der „Reinheits-Anzeiger“, das Organ der Vereinigung der Maler, schreibt „In eigener Sache“:

„Nach den übereinstimmenden Berichten der verschiedenen Zeitungen soll der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, bei der Verathung des Gesetzesentwurfs „Zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ gesagt haben: „Den Gipfel in dieser Beziehung leistet sich eine im „Vorwärts“ abgedruckte Aeußerung des Organs der Vereinigung der Maler, die also lautet: „Wehe Dem, der es wagen sollte, den Freiheitsidealen der Sozialdemokratie zu nahe zu treten! Die Annahme der Zuchthausvorlage durch den Reichstag wäre die Proklamation der Revolution, nicht der Revolution desselben Tages, aber der Revolution der nahen Zukunft!“

Wir erklären dieses Zitat für eine Fälschung. Weder hat „das Organ der Vereinigung der Maler“ eine derartige Aeußerung gebracht, noch hat der „Vorwärts“ eine solche daraus zitiert. Es ist uns durchaus unbekannt, wie der Herr Minister eine derartige Behauptung aufstellen konnte; vermuthlich ist ihm sein „Material“ durcheinander gekommen. Wir bitten die Presse, von dieser Verächtigung Notiz nehmen zu wollen.

Wir können bestätigen, daß von dem, was Graf Posadowsky behauptet hat, kein Sterbenswörtchen im „Reinheits-Anz.“ zu finden ist. Die Leichtfertigkeit — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — mit der das Material zur Begründung der Zuchthausvorlage von den „unparteiischen Hütern des Rechts“ beschafft worden ist, ist geradezu pyramidal.

**Ein Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiete,** der bereits wieder beendet ist, wurde in der letzten Woche von jugendlichen polnischen Arbeitern, die keiner Organisation angehören, in Szene gesetzt. Die Leute waren über verschiedene ihnen gemachte Abzüge erbittert und legten, trotz Abrahens der organisierten deutschen Arbeiter, die Arbeit nieder. Es fanden Ruhestörungen statt, die Gendarmen und das herbeigerufene Militär machten Anzeigen, wobei mehrere Arbeiter getödtet und zahlreiche andere schwer oder leicht verletzt wurden. Trotzdem weder die sozialdemokratische Partei, noch auch der Bergarbeiterverband irgend etwas mit der Sache zu thun hat, war es doch für die kapitalistischen Soldateneinrichtungen ein gefundenes Fressen, ihnen den Streik in die Schuhe zu schieben. Ferner ist dieser Streik ein willkommener Anlaß für die Sammlungen, um für die Zuchthausvorlage Stimmung zu machen, indem sie behaupten, die Streikenden seien durch die schändliche Haltung des Reichstags zu ihren Erzessern ermuntert worden. Diese Behauptung erklären selbst vernünftig denkende Bourgeoiszeitungen für einen Wöbhum.

Die „Frankf. Zeitung“ schreibt: „Es ist ein Wöbhum, der kaum seinesgleichen hat, wenn Scharwachterblätter allen Ernstes erklären, an den Unruhen trügen die Reichstagsverhandlungen über die Zuchthausvorlage wesentlich Schuld, denn durch die ablehnende Haltung der meisten Parteien dieser Vorlage gegenüber seien die Radaubrüber zu ihren Erzessern ermuntert worden.“

In der That, wenn man sich vorstellt, daß polnische Jungen, die kaum lesen und schreiben können, ungefähr so gut deutsch sprechen, wie die bekannten Wasserfallenhändler, und absolut außer Stande sind, den Gehirngang eines gebildeten Menschen zu erfassen — wenn man sich vorstellt, daß solche Jungen eifrig Hoffmann's Rede studirt haben sollen, um dann hinzugehen und mit Revolvern zu knallen, so ist das von so überwältigender Komik, daß man eigentlich jenen Blättern dankbar sein könnte für die heiteren Momente, die sie damit unfernwillig bereiten. Leider ist aber das Uebel der Gehirnlöcherlichkeit weit verbreitet, und es mag schon sein, daß die Blätter der Scharwachter, die darauf spekulieren, nicht ganz vergeblich wählen. Wer aber nur ein Wischen überlegt, muß einsehen, daß die Zuchthausvorlage, wenn sie bereits Gesetz wäre, nicht das Mindeste an der rechtlichen und thätlichen Sachlage ändern würde. Gewaltsame Ausschreitungen, wie die in Genua erfolgten, können nur durch die Polizei, welche nöthigenfalls durch Militär verstärkt werden muß, unterdrückt und rasch beendet werden; und was ihre Beirathung betrifft, so droht das belächelte Strafgesetzbuch gegen die hier in Betracht kommenden Delikte Gefängniß bis zu fünf Jahren, für die Höchststrafe aber Zuchthaus bis zu zehn Jahren an. Außerdem ist daran zu erinnern, daß im Jahre 1889, als ganz ähnliche Gewaltsamkeiten im württembergischen Bergwerksrevier stattfanden, das Sozialistengesetz bestand. Dieses enthält noch schärfere Bestimmungen als die Zuchthausvorlage, und trotzdem haben sich damals jene Ausschreitungen ereignet.

Und nun beachte man noch Folgendes: Zuerst zieht man Völer in den thierisch-wildlichen Thierpark; dann handeln die jungen Völer ihrer Natur gemäß: sie erzeibren; und man sieht genug davon, daß man den bewußten Arbeitern Schrecken auf den Hals gesetzt hat, bezuglich man noch die von den herbeigerufenen Völer ausgehenden Unruhen, um daraus einen Sack voll Geld zu machen. Wenn das keine Vertheidigung ist, was gibt es denn. Im Uebigen können wir nur wiederholen: Wer glaubt, daß die Vorgänge in Genua für die

Zuchthausvorlage sprechen, sind gerade sie dazu angethan, Material gegen die Vorlage zu bilden. Es zeigt sich hier wieder, daß die organisierten Arbeiter, denen die Vorlage an den Leib gehen will, die ruhigen, besonnenen Elemente sind, und daß es weder zum Streik noch zu Erzessen gekommen wäre, wenn die Organisirten bereits genügenden Einfluß hätten. Das Einzige also, was man in dieser Hinsicht aus den Unruhen im württembergischen Kohlenrevier lernen kann, ist: Stärkt die Organisationen der Arbeiter!

**Ein Ordnungsmann.** Der Einkassirer des Holzarbeiterverbandes holte dieser Tage die Beiträge der Mitglieder wie in verschiedenen Werkstätten, so auch in der Schreinerlei des Herrn Schneller-München, Augustenstr. 99, ab. Hier wurde er aber vom Herrn Meister Schneller wuthschraubend mit hochgeschwungenem Handbeil bis in den Hof hinaus verfolgt — und warum? Weil er es gewagt, einen Kollegen, der erst einen Tag dort beschäftigt war, zu fragen, ob er auch Mitglied der Organisation sei.

**Segen der Zwangsummungen.** In Würzburg soll die Zwangsummung der Sattler wieder aufgehoben werden, weil von den 32 zuerst dafür eingetretenen Meistern 26 nach erfolgter Regierungsgenehmigung erklärten, daß die Summung gar keinen praktischen Werth für sie habe, und daß sie nur aus Unkenntniß der einschlägigen Verhältnisse dafür gestimmt hätten. Der Magistrat beschloß, dies der Regierung mitzutheilen. — O Jerum!

**Gewinnbetheiligung der Arbeiter.** Der bekannte Fabrikant H. Freese-Berlin hat unlängst eine Schrift herausgegeben, die den Titel führt „Fabrikantenglück! Ein Weg, der dazu führen kann.“ Der Verfasser hat schon 1896 „Fabrikantensorgen“ veröffentlicht, worin er u. A. sehr erfreuliche Erfahrungen in Betreff des in seinen Fabriken eingeführten achtstündigen Arbeitstages näher darlegt. Seine neueste Schrift „Fabrikantenglück“ beschäftigt sich ausschließlich mit der Gewinnbetheiligung. Er nennt sie das „wirksamste Mittel zur Verbesserung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und eines der wirksamsten zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen“ und behauptet, daß es kein Lohnsystem giebt, das eine gerechtere und wissenschaftlichere Grundlage hat.

Gegen den Einwand, daß nur der Unternehmer einen gerechten Anspruch auf den Gewinn habe, bemerkt Freese, daß die meisten Aktionäre kapitalistischer Gesellschaften doch auch mit der Leitung gar nichts zu thun haben, trotzdem aber ihre Dividenden einstreichen. Man sollte meinen, daß so gut wie die Aktionäre, auch die Angestellten einen Anspruch auf einen gewissen Antheil vom Reinertrag haben sollten. Dem Einwand, daß eine Antheilnahme am Gewinn nur zulässig sei, wenn die Angestellten auch am Verluste theilnehmen, hält er entgegen: „Auch die Direktoren von Aktiengesellschaften beziehen hohe Löhne vom Gewinn. Es ist aber noch niemals jemandem eingefallen, sie auch zum Verlust heranzuziehen. Wo die Arbeiter aus ihrem Gewinnantheilen Aktien oder Geschäftsantheile des Unternehmens erwerben, sind sie überall in gleicher Weise wie Direktoren oder Aufsichtsräthe, die gleichzeitig Aktionäre sind, dem Verluste ausgesetzt.“

„Fast alle Unternehmer“, sagt Freese, „beflagen sich darüber, daß die Mehrzahl ihrer Arbeiter die ihnen überragenden Obliegenheiten nur mit geringer Sorgfalt und Lust ausführen, und stellen das geringe Interesse ihrer Leute dem von ihnen selbst entwickelten Eifer gegenüber. Sie übersehen dabei leider, was diese große Verschiedenheit in der Arbeitsleistung hervorruft. Wie kann der Arbeitgeber verlangen, daß der Angestellte mit dem gleichen Eifer die Geschäftsinteressen wahrnimmt wie er, da er für sich selbst, die Angestellten aber für einen Andern arbeiten müssen? Der Verzicht des Unternehmers auf einen bescheidenen Theil des Reingewinns erhebt den Angestellten von der einfachen Stufe des Entlohnens zu der höheren des Mitarbeiters und Theilhabenden, von dem der Unternehmer andere Leistungen beanspruchen kann und erreichen wird.“

Das Antheilssystem soll zwischen Unternehmern und Arbeitern das einigende Band bilden, das dem heutigen Lohnsystem, wie der Anblick lehrt, fehlt:

„Die Arbeiter sind, wie der Unternehmer, denkende und fühlende Wesen, die die Arbeit ihrer Hände als ihr einziges werthendes Kapital dem Unternehmer zur Mitarbeit anbieten, um Arbeitsleistungen anzuführen, die er allein nicht übernehmen kann. Daß diese Masse arbeitswilliger Hände dem Unternehmer keine feindlich gegenübersteht, anstatt an seinem Erfolge mit Kopf und Hand theilzunehmen, ist das einbringlichste Zeichen dafür, daß in dem heutigen Lohnsystem nicht Alles so ist, wie es sein sollte. Die Theilbeteiligung am Unternehmensgewinn kann hier helfend eintreten. Nicht als eine einfache Lohnzulage oder gar als ein Almosen, sondern als ein neues Lohnsystem, das die vorhandenen Gegensätze überbrückt und alle Theilhabenden eines Unternehmens zu einer Familie vereinigt.“

Der Verfasser hat die Gewinnbetheiligung 1888 für seine Beamten an Stelle der früheren Weihnachtsgratifikationen eingeführt und mit einem Antheile von 2 pZt. des Reingewinnes begonnen. Seitdem ist der Antheil seiner Beamten auf 5 pZt. und der der Arbeiter auf 7 1/2 pZt. erhöht worden, so daß gegenwärtig 12 1/2 pZt. zur Vertheilung kommen. Die Arbeiter erhalten 7 1/2 pZt. ihrer Antheile baar, das letzte Drittel fließt in eine

von ihnen verwaltete Unterstützungskasse, die das Eigenthum der Arbeiterschaft ist. Die Antheile der Beamten schwankten in den Jahren 1888—1898 zwischen 8 pZt. und 24,64 pZt., die der Arbeiter zwischen 0,43 pZt. und 7,33 pZt. ihrer festen Gehalte und Löhne. In der Zeit von 1888—1898 stieg die Durchschnittszahl der Angestellten von 114 auf 255 und der Umsatz von M. 422371,69 auf M. 1127076. Das ist eine Steigerung des Umsatzes um 167 pZt., während in dem gleichen Zeitraum der Geschäftsgewinn um 268 pZt. stieg, und zwar nach Abzug der Antheile der Beamten und Arbeiter. „Ich habe also“ — so bemerkt der Verfasser — „keine Veranlassung, mit den Ergebnissen unzufrieden zu sein.“

Vom Standpunkte des Unternehmers aus mag Herr Freese Recht haben, wenn er sich betreffs der erwarteten „Verböhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter“ auch wohl Illusionen hingiebt. Anders liegt dagegen die Sache vom Standpunkt des Arbeiters aus. Es lenkt auf den ersten Blick ein, daß das System der Gewinnbetheiligung eine neue Methode ist, die Arbeitsleistung des Arbeiters zu steigern, d. h. also, mehr Arbeitskraft aus ihnen herauszupressen, als vorher. Diese gesteigerte Arbeitsleistung kommt zum größten Theil dem Unternehmer zu Gute und nur zum geringsten Theil denjenigen, die diese Mehrarbeit leisten. Was also das Kapital den Arbeitern abnimmt in Scheffeln — um mit Schiller zu reden — das giebt es ihnen löffelweise wieder. Es läßt sich deshalb wohl verstehen, daß Herr Freese als Fabrikant mit den Ergebnissen zufrieden ist und diese Methode „Fabrikantenglück“ nennt, für die Arbeiter wäre es aber besser, wenn sie einen höheren Lohn und eine kürzere Arbeitszeit hätten, anstatt daß man ihnen ein paar Broden vom Reingewinn hinreicht. Denn im Grunde genommen sind sie es doch, die den Reingewinn erzielen, und wenn sie einen Theil davon als Almosen — anders kann man diese freiwillige Gabe nicht nennen — zurückerhalten, so bedeutet das doch nur eine Verschleierung der wirtschaftlichen Gegensätze. Vielleicht werden wir späterhin noch ausführlicher auf das Gewinnbetheiligungssystem, wofür wir uns erklärlicherweise nicht erwärmen können, eingehen.

**Neue Opfer der Milzbrandvergiftung.** Nach den bayerischen Gewerhaufsichtsberichten für das Jahr 1898 hat die Milzbrandvergiftung im Berichtsjahre wiederum 10 Opfer gefordert, von denen 3 starben. In der Pfalz erkrankten zwei Arbeiter einer Gerberei, sowie die Frau von einem derselben, und zwar alle drei Personen nahezu gleichzeitig. Bei einem der Arbeiter bildete sich ein Milzbrandgeschwür an der Stirn, beim anderen am Kinn und bei der Frau auf einer Wange. Nach 1—5 Wochen waren die Fälle indeß geheilt. Im fraglichen Betriebe werden nach Mittheilung des Berichtes hauptsächlich chinesische Häute, und nur nebenbei australische und indische, bearbeitet. Vor und zur Zeit der Erkrankung waren nur chinesische Häute in Bearbeitung, jedoch die Ansteckung auf diese allein zurückzuführen ist. Die erkrankte Frau ist überhaupt nicht in der Gerberei beschäftigt, sondern kann sich nur erinnern, daß sie etwa acht Tage vor der Entstehung des Geschwürs Arbeitskleider ihres Mannes ausgebeßert hat. Dieser Fall zeigt, wie nothwendig die von den Unternehmern der Thierhaaar-Industrie so viel angefeindete Vorschrift der Verordnung ist, die die zur Beschaffung und Aufbewahrung von Arbeitsanzügen und Mützen verpflichtet. — Schlimmer verliefen sieben Erkrankungen in den Koffhaarpinnereien Kitzingen's (Bez. Unterfranken) von denen drei (zwei innerliche und eine äußere) Milzbrandfälle tödtlich erdeten. Drei Erkrankungs- und zwei Todesfälle trafen auf eine kleinere Fabrik, ein Erkrankungs- und ein Todesfall auf die größte Fabrik. „Werkwürdig ist, daß die jammlichen Erkrankungen nur in den ersten fünf Monaten des Jahres vorkamen; es muß sonach zu jener Zeit ein besonders stark infiziertes Material verarbeitet worden sein. Die kleinere Fabrik war diejenige, in welcher bisher am wenigsten auf Beobachtung der ortspolizeilich bestimmten Vorsichtsmäßigkeiten gesehen worden ist. Da nun bei den seitherigen ortspolizeilichen, vom Stadtmagistrate Kitzingen erlassenen, Bestimmungen immer wieder Erkrankungs- und Todesfälle vorgekommen sind, so war Veranlassung gegeben, dieselben zu verschärfen. Die strengeren Vorschriften unterscheiden sich im Wesentlichen von den früheren dadurch, daß sie für Unschädlichmachung der Umhüllungen der Koffhaarballe, deren Desinfektion oder Vernichtung vorschreiben, strengere Bestimmungen für die Beschaffenheit und Reinhaltung der Arbeitsräume, für Einrichtung und Benutzung der Wasch-, Wad- und Garderoberräume enthalten, ferner jugendliche Arbeiter von der Bearbeitung der Koffhaare, und mit Hautkrankheiten behaftete Arbeiter von der Aufnahme in die Fabrik überhaupt ausschließen. Die übrigen neuen Vorschriften beziehen sich auf den Schutz des Publikums und können hier unberührt bleiben. Trotz der strengeren Vorschriften werden Milzbrandfälle nicht ausbleiben, so lange nicht eine zweckentsprechende Desinfektion des Rohmaterials mit stromendem Wasserdampf zur Einführung gelangt.“ Im Wesentlichen ist die hier erwähnte Magistratsverordnung übereinstimmend mit der am 28. Januar 1899 erlassenen Bundesratsverordnung, nur mit dem Unterschied, daß die letztere das Desinfektionsverfahren (nach Wahl unter drei Methoden) obligatorisch macht. Wenn der unterfränkische Bericht es rühmt, daß die Unternehmer die Desinfektion freiwillig eingeführt und damit bewirkt hätten, daß im letzten halben Jahre kein neuer Erkrankungsfall vor-

gekommen sei, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Unternehmer sich erst dann dazu bequemen, als der Erlass der Bundesratsverordnung sozusagen in der Luft schwebte, und daß die jahrelangen Forderungen der Arbeiter und die öfteren schweren Vergiftungen keine Rücksicht bei ihnen fanden. Auch jetzt noch, nach Erlass der Verordnung, ziehen die Vorstenmagnaten und Würstchenfabrikanten gegen die Vorschriften, und zwar insbesondere gegen die Desinfektion des Rohmaterials, zu Felde. Sie petitionieren an den Bundesrath um Aufhebung oder Abschwächung der Verordnung, genau so, wie die renitenten Bäckermeister gegen den Maximalarbeitsstag, und in Sachen wird namentlich die Befugniß der höheren Verwaltungsbehörde, Ausnahmen von der Desinfektion zuzulassen, benützt, um eine Breche in die unbedingte Verordnung hineinzulegen. Die Wirkung der Desinfektion und strengeren Reinlichkeit zeigt sich übrigens im mittelfränkischen (Nürnberg) Bezirk, wo nach dem Berichte im Jahre 1898 kein einziger Miltzbrandfall vorgekommen ist. Je energischer die Behörden und Arbeiter auf die allerstrengste Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften hinwirken, desto eher wird der Tag kommen, wo die schrecklichen Miltzbrandfälle ebenso verschwinden werden, wie die früher so häufigen und jetzt nur noch höchst seltenen Fälle der Quecksilbervergiftung (Mercurialismus).

Sprechende Protestresolution wurde angenommen. Durch eine Tellerstimme für die Stuttgarter Streikenden gingen M. 10 ein. **Bromberg.** Am Montag, den 26. Juni, hatten die Holzarbeiter eine öffentliche Versammlung nach Murawski's Restaurant einberufen, um über die Mißstände in ihrem Arbeitsverhältnis zu berathen. Genosse Gogowski aus Posen referirte zunächst über das Thema: „Warum organisiren wir uns?“ und forderte sämtliche Kollegen auf, sich in den Verband aufzunehmen zu lassen. Eine Resolution gegen die Zuchtshausvorlage wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung nahm die Versammlung ihr Ende.

**Dresden.** In der letzten Mitgliederversammlung, die am 27. Juni im Gewerkschaftshaus „Germania“ tagte, fand eine prinzipielle Aussprache darüber statt, ob zur Leitung der Geschäfte ein besoldeter Beamter anzustellen sei. Es entspann sich darüber eine längere Debatte, nach welcher folgende Resolution zur Annahme gelangte: „In Anbetracht der immer mehr steigenden Mitgliederzahl und der sich dadurch häufenden Arbeiten beschließt die heutige Versammlung: Die Verwaltung wird beauftragt, die Anstellung eines besoldeten Beamten auf die Tagesordnung der nächsten Vierteljahrsversammlung zu setzen und event. eine Person in Vorschlag zu bringen.“ Ferner wird noch beschlossen, daß bei Werkstattstreiks sofort vom ersten Tag der Arbeitsniederlegung an Unterstützung bezahlt werden soll.

**Lausförde-Beverungen.** Vergangenen Sonntag Nachmittag passirte hier in unserem Orte das Schreckliche, daß hier die erste von Seiten der organisirten Arbeiterschaft einberufene Versammlung tagte. Und obwohl es sich nicht um eine politische, sondern um eine gewerkschaftliche, eine einfache Holzarbeiterversammlung, handelte, so war doch der ganze Ort in Aufregung. Schon Tage lang vorher hatte man vergeblich versucht, uns das Lokal abzutreiben. Besonders eifrig war von Seiten der Geistlichkeit für die Versammlung agirt. Auch verschiedene Fabrikanten hatte man von einer bestimmten Richtung aus sagen lassen, daß es ihre „Pflicht“ sei, die Versammlung zu besuchen. Der Erfolg war ein wider Erwarten günstiger, denn „Alle, Alle kamen“. Der Saal war derart gefüllt, daß auch noch ein Theil der Besucher auf der Treppe und in den Nebenzimmern stand. Mindestens 400 Personen waren anwesend. Die Geistlichkeit war sowohl von katholischer wie lutherischer Seite aus durch mehrere Herren vertreten. Auch Handwerksmeister und Landleute aus der Umgegend hatten es sich nicht nehmen lassen, das Ungewöhnliche mitzumachen. Und das Alles doch nur wegen einer Holzarbeiterversammlung! — Das Referat hatte Genosse Weder-Hannover übernommen. Derselbe sprach über: „Der Kampf ums Dasein“, dabei am Schlusse seines 1½stündigen, klar durchdachten Vortrages die anwesenden Holzarbeiter auffordernd, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. — Als erster Redner in der Diskussion meldete sich alsdann ein katholischer Kaplan, der zunächst in Bezug auf die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach wirtschaftlicher Besserstellung dem Referenten beipflichtete, dann aber, als er sich ein wenig in die Sympathie der Versammlung hineingerebet hatte, so stückweise damit herandrückte, daß es der Referent nicht ehrlich meine, wenn er sage, daß die Gewerkschaft sich nicht um die politische oder religiöse Meinung seiner Mitglieder kümmere. Und mit Pathos erklärte der fromme Mann dann: „Ich will es Euch sagen: Der Holzarbeiterverband befindet sich in den Händen der Sozialdemokraten, und diesen würde es angenehm sein, wenn sie auch Euch in die Finger kriegen können. Tretet Ihr erst dem gewerkschaftlichen Verbands bei, so leitet man Euch, ohne daß Ihr es merkt, in's sozialdemokratische Lager über, und Ihr seid verloren!“ Und weiter meinte der besorgte Seelenshirt dann: „Der Holzarbeiterverband wird von den Sozialdemokraten zur Propaganda auf dem Lande benützt, das hat Euch der Redner aber wohlweislich verschwiegen, weil er weiß, daß Ihr nach und nach von selbst dahin kommen werdet. Und warum solltet Ihr auch dem Holzarbeiterverbande beitreten? Ich weiß, aus eigener Erfahrung“, daß es mit dem Verdienste hier nicht so schlecht steht (Der Verdienst eines Kaplans und der eines Arbeiters dürfte aber doch auch sehr verschieden sein!) Die Einlagen in den Sparkassen beweisen, daß die hiesigen Arbeiter sich noch ein schönes Stück Geld zusammenparen. Und die schönen Arbeiterwohnungen — seht sie Euch doch mal an! Wem habt Ihr das zu verdanken? Dem guten Herzen Curer Fabrikanten. Es hat so lange Jahre ohne Holzarbeiterverband gegangen; also laßt Euch mit den Leuten lieber nicht ein, die Ihr nicht kennt. Wollt Ihr aber absolut auch einen Verein haben, gut, dann bin ich bereit, Euch zur Seite zu stehen. Ich werde auch den Vorsth übernehmen und Ihr braucht nicht bange zu sein, daß Ihr in Noth gerathet, wenn Ihr mal arbeitslos werdet. Seht Euch mal die Güter in der Umgegend an, dort ist so viel Arbeit, daß man Polen und Russen haben muß, um die Arbeit zu bewältigen.“ — In diesem Sinne ging es dann noch eine Zeit lang fort. Genosse Weder wies dann zunächst darauf hin, daß es für das Ansehen der Kirche besser sei, wenn die Herren Geistlichen sich nicht in die wirtschaftlichen Streitigkeiten einmischen würden; aber schlummer noch sei es, wenn ein Diener der Kirche einem Menschen, den man weiter gar nicht kenne, unehrliche Absichten unterstülze und so verjuche, anstatt der „christlichen“ Liebe Haß zu säen. Nicht darum seien diejenigen, welche an der Spitze eines Verbandes ständen, hierzu berufen, weil sie Sozialdemokraten seien, sondern weil sie bei ihren Berufscollegen als ehrliche und tüchtige Leute gelten, die das Wohl des Verbandes im Auge hätten und zu vertreten geeignet seien. Der Verband habe mit der sozialdemokratischen Partei gar nichts zu thun. Es werde nicht gefragt: „Bist Du Sozialdemokrat oder was glaubst Du?“, sondern: „Willst Du mitarbeiten zur Verbesserung Deiner Lage und der Lage Deiner Mitmenschen, dann sei uns willkommen!“ Die angeblich guten Löhne, die hier M. 13 bis 15 betrügen, könnten sehr wohl eine Aufbesserung vertragen. Redner meint, bezüglich der Spareinlagen müsse der Herr Kaplan wohl die Fabrikanten mit den Arbeitern verwechselt haben, eben, möge sich doch einmal ein Arbeiter melden, der Spareinlagen mache. Indes, es meldete sich Niemand. Entgegen den Ansichten des Herrn Kaplans war Genosse Weder auch der Ansicht, daß es besser für die Arbeiter sei, wenn sie gemeinsam mit ihren Kollegen ihre Interessen vertreten würden, als in einem Vereine mit Fabrikanten und einem Kaplan an der Spitze. Der Herr Kaplan verjuchte dann nochmals, eine Lanze einzulegen für die Gründung eines „christlichen“ Vereins, fand aber damit wenig Gegenliebe, so daß er kopfschüttelnd und unter allgemeiner Heiterkeit die Versammlung verließ. Dagegen meldeten sich gleich 37 Kollegen für den Holzarbeiterverband; es wurden dann auch gleich die Mitglieder der Ortsverwaltung in Vor-

schlag gebracht und für nächsten Sonnabend, der als Zahltag festgesetzt wurde, versprach noch eine ganze Anzahl, ebenfalls der Organisation beizutreten. Der mit so großem Pomp inszenirte Versuch, die Versammlung zu einer Gegenagitation zu benutzen, ist also kläglich gescheitert.

**Nowawes.** Am 18. Juni d. J. fand im Verkehrslokale (Hinde) eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, welche sich eines guten Besuches erfreute und auch von Indifferenten gut besucht war. Der Referent, Kollege Mathes aus Berlin, sprach über den Punkt: „Wie können wir unsere Lage verbessern?“ Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Die Geschäftskontunktur ist in vielen großen Städten und Industriorten gestiegen und hat dadurch viele Arbeiter von außerhalb an sich gezogen, die in den großen Städten und Orten häufig den organisirten Arbeitern in den Rücken fallen, weil sie noch nicht begriffen haben und noch nicht zu der Einsicht gekommen sind, sich zu organisiren. Der Referent erläuterte das Koalitionsrecht und führte an, daß sich im deutschen Reich schon in den sechziger Jahren Korporationen gebildet und sich zu lokalen Vereinen vereinigt haben, aber doch nach verschiedenen Jahren zu der Einsicht gekommen sind, daß ihre Lokalvereine nicht im Stande sind, den Unternehmern kräftigen Widerstand zu leisten. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurden Zentralverbände gegründet. Des Weiteren kam der Referent auf die neu im Reichstage eingebrachte Zuchtshausvorlage zu sprechen und unterzog die einzelnen Paragraphen einer herben Kritik. Zum Schlusse seines Vortrages forderte er die Anwesenden auf, sich in großen Massen dem deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen, da dieser der beste Protest gegen die Zuchtshausvorlage sei. Leider aber haben die kräftigen Worte des Referenten keinen Erfolg gehabt, denn es haben sich im Ganzen zwei Kollegen in den Verband aufnehmen lassen. Die Meisten versprachen, in der nächsten Versammlung sich in den Verband aufnehmen zu lassen, haben aber nicht Wort gehalten, denn in der betreffenden Mitgliederversammlung hat sich nur ein einziger Kollege dem Verband angeschlossen. Das ist eine sehr traurige Erscheinung und wirft kein gutes Licht auf die hiesigen Kollegen.

**Stettin.** Nach vieler Mühe ist es uns nun gelungen, auch hier an Orte eine Zahlstelle unseres Verbandes in's Leben zu rufen. Die hiesigen, absolut nicht rofigen Verhältnisse haben unseren Kollegen zum größten Theile die Augen geöffnet. Zwar haben sich noch nicht alle Kollegen vom Orte unserer Bewegung angeschlossen, doch haben wir die beste Hoffnung, auch diese noch zu gewinnen. An die bisherigen treuen Verbandskollegen aber richten wir die Bitte, treu und fest zur Organisation zu halten, damit auch unsere junge Zahlstelle ein würdiges Glied in der Vereinigung der aufgeklärten Arbeiterschaft im Kampfe um ihr Koalitionsrecht werden möge. Unser Verkehrslokal und Herberge befinden sich im „Goldenen Anker“, alte Zwingerstr. 3, woselbst auch am Montag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, unsere erste Mitgliederversammlung stattfindet, zu welcher wir alle hiesigen Holzarbeiter hierdurch einladen. In die Lokalverwaltung wurde gewählt zum Bevollmächtigten Karl Westhorn, Tischler, und zum Kassirer unser bisheriger Vertrauensmann, Kollege Joh. Pieper, Tischler. Reiseunterstützung wird vorläufig noch nicht ausgezahlt.

**Traunstein.** Am 25. Juni hielt die Zahlstelle Traunstein in Ruhpolding eine gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung ab. Referent, Kollege Math aus München, klärte die Anwesenden über das Thema: „Die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses der Holzarbeiter und der Kampf ums tägliche Brod“ auf. Besonderen Beifall erzielte Redner, als er auf die Ruhpolding Holzarbeiter (Holzknichte) einging und dabei die schlechten Löhne und lange Arbeitszeit geißelte, was besonders in die Wagschale fällt, da Vater Staat Arbeitgeber ist, der den Arbeitern nur das Recht zu zahlen, aber nicht das Recht als Mensch leben zu dürfen, einräumt. Als ein Affordant sich beschwerte, daß sie nicht zu beneiden seien, indem sie sich gegenständig die Preise herabsetzen, wurde ihm vom Referenten unter Beifall der Anwesenden gebührend heimgeleuchtet. Nach Schluß wurde ein Vertrauensmann gewählt, der die Beiträge einfahrt und die Verbandsgeschäfte besorgt, um die Mitglieder besser zusammenzuhalten.

**Ulm.** Bezugnehmend auf eine in Nr. 25 unserer Zeitung enthaltene Korrespondenz, erhalten wir folgende Berichtigung: Es ist unwar, daß ich die Aeußerung des betreffenden entlassenen Arbeiters Hader, „er werde nun weniger Stück Sägarme pro Tag machen, damit die Arbeit doch wieder auf den früheren Preis komme“, auf dem Comptoir gemeldet und dadurch die Entlassung des Hader direkt veranlaßt hätte, was die Firma Ott zur Entlassung des Hader direkt veranlaßte, weiß ich nicht. Achtungsvoll

Georg Mayer, Schreiner, Ulm, Büchergasse 10.  
Wir bringen diese Erklärung ohne jede Bemerkung zum Ausdruck, da sich in dieser Sache die Aussagen der beiden Beteiligten widersprechen und wir von hier aus nicht feststellen können, wer Recht hat.

**Eingefandt.**

Gartha, den 3. Juli 1899.  
Wie bei jeder vorhergehenden, so klagt der Hauptvorstand bei der Abrechnung vom vierten Quartal wiederum darüber, daß so viele Kollegen dem Verbands fern stehen. Wir haben im vorigen Jahre bei einer Aufnahme von 34 800 Mitgliedern nur einen Zuwachs von 8249 zu verzeichnen. Ueber diesen Punkt ist ja schon sehr viel diskutiert worden, es ist aber noch nicht gelungen, diesem Uebelstand abzuhelfen. Wir müssen uns vor Allem fragen: Wie ist es möglich, daß uns so viele Mitglieder wieder den Rücken kehren können? Ferner, auf welche Weise ziehen sie sich zurück? Wir wissen, daß sich die Meisten aufnehmen lassen, wenn es heißt, es soll in eine Lohnbewegung eingetreten werden. Kommt es dann zum Streik, so müssen die ledigen Kollegen abreißen. Diese kommen nun an andere Orte, wo keine Lohnbewegung stattfindet, und sofort schwindet das Interesse am Verband, weil es eben junge Mitglieder sind, die von dem Werth der Organisation noch nicht überzeugt sind. Gemöhnlich verbleibt dann das Anmelden in der dortigen Zahlstelle, und man weiß nicht, wo die Mitglieder geblieben, welche aufgenommen worden sind. Hier wird es Sache der einzelnen Mitglieder sein, jeden zureisenden Kollegen nach seiner eventuellen Mitgliedschaft zu fragen und vor Allem mit ihnen zum Kassirer zu gehen, denn wenn dieselben nicht unterstützungsberechtigt sind, so haben sie gar keine Veranlassung, den Kassirer aufzusuchen, besonders in größeren Zahlstellen, wo er nicht immer so leicht zu finden ist. Ferner wird das Anmelden immer

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Wir erinnern wiederholt daran, daß sämtliche zur Unterstützung streikender Kollegen bestimmten Gelder stets nur an die Adresse unseres Hauptkassirers Aug. Bohne, Meinsburgstr. 57, einzuzufinden sind. Auch die für die ausgesperrten Genossen in Dänemark bestimmten Summen bitten wir nicht direkt nach Dänemark, sondern nur an unsere Hauptkasse zu senden.

Den Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß durch gemeinsame Wahl des Vorstandes und Ausschusses der Kollege Michael Kayser in Mannheim als Hilfsarbeiter auf dem Verbandsbureau gewählt worden ist.

Zugleich bitten wir die übrigen Bewerber, von vorstehender Mittheilung auf diesem Wege Kenntniß nehmen zu wollen.

Stuttgart, den 3. Juli 1899.

Der Verbandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**  
**25. Gau. Vorort Freiburg in Baden.**

Werthe Kollegen! Wie aus dem Euch inzwischen zugegangenen Zirkular ersichtlich, findet die Konferenz am 16. Juli in Billingen im Gasthaus „Zum Kalkofen“ statt. Wegen der Bahnverbindungen kann dieselbe erst um 11½ Uhr Mittags eröffnet werden. Daß die Konferenz mit ihren Arbeiten so frühzeitig fertig wird, damit alle Theilnehmer am gleichen Abend zurückfahren können, ist wohl ausgemacht. Es wollen daher sich die weiter entfernt liegenden Zahlstellen zwecks Ueberrachten ihrer Vertreter in Billingen an die dortige Lokalkommission, Kollegen Fr. Burger, Gasthof „Zum Kalkofen“ in Billingen, wenden. Erkennungszeichen der Empfangskommission am Bahnhof ist sichtbareres Tragen der „Holzarbeiter-Zeitung“. Wir erwarten vollzählige Theilnahme.  
Der Gauvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** Von Seiten der neuerrichteten Zwangsinnung für das Storbmachergewerbe Berlins war zum 26. d. M. eine Versammlung der Gehülfsenschaft einberufen, um die Wahl des Gehülfsenausschusses zu erledigen. Die Versammlung war gut besucht und wurden die organisirten Kollegen Bartel, Brüdnar, Krause und Kummer als Ausschuß, Friße und Höft als Ersatzmänner einstimmig gewählt. Bei dieser Gelegenheit schilberte der Herr Obermeister Bergmann in bewegten Worten, daß das Storbmachergewerbe leider sehr schlecht gestellt sei und durch die Konkurrenz der Zuchtshaus- und Hausindustrie-Arbeit von Jahr zu Jahr verschlechtert würde, darum sei es auch nur zum Vortheil, wenn die Gehülfsenschaft sowie die Meister sich unter sich vereinigen, um wenigstens das bis jetzt Erreichte festzuhalten. Dieses wird sich die organisirte Kollegschaft zu eigen machen und bei passender Gelegenheit gegenüber Organisationsstörern wieder verwenden. Auch wurde uns vom Obermeister zugesichert, daß die durch das Innungsstatut festgelegte „Herberge zur Heimath“ nicht unbedingt als Herberge für die zureisenden Kollegen zu gelten habe, sondern daß auch hierbei unsere Wünsche berücksichtigt werden sollen. Wir werden ja sehen, ob das gegebene Wort eingelöst wird, denn der Ausschuß selbst hat nach dem Statut die allerwenigsten Rechte. Trotzdem werden wir versuchen unser Klüglichsstes für die Kollegen herauszuschlagen. Als Vorsitzender des Ausschusses (Mitgeselle) wurde Kollege Bartel, Pflückerstraße 6 ernannt.

**Vöberach, 25. Juni.** Die auf heute, Nachmittags 4 Uhr, in die „Stadthalle“, dahier, einberufene Volksversammlung, in der Gewerkschaftssekretär Ludwig aus Stuttgart über „Das geplante Attentat auf das heiligste Recht des arbeitenden Volkes“ sprach, war von ca. 350 Personen, also ziemlich gut besucht, wie es bei der wichtigen Tagesordnung auch nicht anders zu erwarten war. — Der Referent gab in fast zwei-stündigem, formvollendetem, mit stürmischem Beifall aufgenommenem Vortrage ein anschauliches Bild von der Arbeiterfrage und der bisherigen Handhabung des Koalitionsrechtes dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber. — Dann des Näheren auf die Vorlage selber eingehend, zerstückte er einen Paragraph der „Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen“ um den anderen. Der Referent ermahnte aber die Anwesenden eindringlich, sich durch die erste Ablehnung des schönen Werkwerkes nicht einschläfern zu lassen, sondern vor etwaigen Kompromißversuchen scharf auf der Hut zu sein. Eine ent-

einige Wochen hinausgeschoben, da der Glaube vorherrschend ist, wenn man sich anmeldet, muß man gleich Beiträge bezahlen, was meines Erachtens nicht verlangt werden kann, da sich die Kollegen schon längere Zeit auf der Reise befinden haben und es daher mit ihrer Kasse schlecht bestellt ist. Wird das Anmelden dann noch länger hinausgeschoben und es fehlt vielleicht noch dazu die Anregung von Seiten der anderen Kollegen, so wird dann überhaupt nicht mehr daran gedacht, und die Kollegen sind aus unserer Reihe verschwunden.

Es ist aber auch nicht zu leugnen, daß uns innerhalb der Zahlstellen direkt viele Kollegen den Rücken kehren, und zwar dadurch, daß sie die Versammlungen nicht mehr besuchen und insulogedessen mit den Beiträgen im Rückstande bleiben, bis sie am Quartalschluß geirrt werden müssen. Hier ist es notwendig, daß in allen Orten Werkstatt- resp. Bezirkskassierer gewählt werden und daß dieses System dort, wo es schon besteht, immer mehr ausgebaut wird. Diese Werkstattkassierer sind leicht in der Lage, die Beiträge alle 8 oder 14 Tage einzuholen und können jedes einzelne Mitglied im Auge haben. Es mag ja an vielen Orten schwer fallen, dieses System einzuführen, da es an Kollegen fehlt, welche ein derartiges oder überhaupt ein Amt annehmen, aber es ist doch durchaus nicht nötig, daß es mit einem Male durchgeführt wird, es genügt ein kleiner Anfang und sobald die Aktivität der Zahlstellenverbände. Dem § 26 Abs. 2 des Verbandsstatuts muß mehr Beachtung geschenkt werden.

Was die Versammlungen anbetrifft, so muß immer mehr darauf gesehen werden, dieselben so interessant wie möglich zu gestalten, denn es giebt leider noch zu viele Kollegen, welche es vorziehen, nach einem Klimbimverein zu gehen, statt für ihre Interessen einzutreten und sich über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären zu lassen. Vor allem müssen persönliche Mitteilungen, welche zwar nicht zu vermeiden sind, leider aber noch zu oft vorkommen, möglichst immer in Vorstandssitzungen oder dazu ernannten Kommissionen geregelt werden, anderenfalls haben diejenigen, welche immer Gründe suchen, um der Organisation fern bleiben zu können, die beste Gelegenheit, dem Verbande Valet zu sagen. Es muß Alles gethan werden, den indifferenten Kollegen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Gegen vorstehende Punkte mag vielleicht angeführt werden: Ja, wenn wir z. B. Werkstattkassierer einführen, so kommt schon gar keiner mehr in die Versammlungen. Ich bin der Meinung, daß dieses nicht zutrifft, denn wenn in letzteren z. B. wissenschaftliche oder juristische Vorträge gehalten werden, oder nur über wichtige Angelegenheiten diskutiert wird, wird jeder Kollege, welcher befreit ist, sich immer mehr auszubilden usw., dieselben gern besuchen; zweitens können diese Werkstattkassierer sehr leicht für die Versammlungen agieren.

Es liegt mir fern, etwa behaupten zu wollen, in Vorstehendem etwas Neues gesagt zu haben, aber auf alle Fälle dürfen diese Angelegenheiten nicht außer Acht gelassen werden, denn was nützt uns schließlich alle Agitation, wenn das Gewonnene nicht festgehalten wird. Jeder Kollege, welcher schon agitatorisch tätig gewesen ist, weiß auch, wie schwer es ist, gerade diejenigen Kollegen für die Organisation zu gewinnen, welche derselben bereits einmal angehört haben. Gerade jetzt, wo die Buchhändlerlage uns viele Kollegen in die Arme treibt, ist es nötig, diese Organisation innerhalb des Verbandes nach allen Richtungen auszubauen, damit uns diese Kollegen nicht wieder verloren gehen, wenn diese Vorlage endgültig sollte abgelehnt werden, was ja wahrscheinlich der Fall sein wird. Wenn ein jeder Kollege nach dieser Richtung hin seine Pflicht thut, so bin ich überzeugt, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

D. Schubert.

### Aus den Berufen der Holzbranche.

**Aus Schiffel.** Obgleich unsere Zahlstelle noch jung ist, können wir doch zur Abwechslung einmal eine gute Nachricht in dieser Zeitung veröffentlichen. Die Löhne am hiesigen Orte, wo außer einer Möbelfabrik in den übrigen Werkstätten Bauarbeit verfertigt wird, waren bisher die verschiefensten, z. B. wurden M. 9-15 die Woche mit Kost und Logis beim Meister gezahlt. Um nun diesen Uebelständen und noch vielen anderen, z. B. dem Sonntags- und Nachfeierabendarbeiten, abzuhelfen, traten die hiesigen Bauarbeiter kurz vor Pfingsten in eine Lohnbewegung und stellten den Meistern folgenden Lohnsatz zu: 1. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. 2. Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit bei Auszahlung eines Minimallohnes von M. 24 wöchentlich. 3. Für Ueberstundenarbeit bis Abends 8 Uhr 60  $\frac{1}{2}$  pro Stunde, nach 8 Uhr bis Morgens 6 Uhr 70  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. 4. Bei vorkommenden Ueberarbeiten dem betreffenden Gesellen den Stundenlohn zu sichern. 5. Bei Arbeiten im Bau pro Stunde 5  $\frac{1}{2}$  Zuschlag zu zahlen. — Außerdem Freigabe des 1. Mai als Feiertag.

Der die hiesigen Verhältnisse vorher gekannt hat, wird gerade nicht sagen, daß unsere Forderung sehr bescheiden war; auch die hiesigen Meister waren anfangs wohl dieser Meinung und gaben uns einfach auf unser Schreiben an dieselben keine Antwort. Ein zweites Schreiben, worin während einer bestimmten Frist Antwort verlangt wurde, blieb ebenfalls unbeantwortet, worauf wir beschloßen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Herren Meister uns schriftlich unsere Forderungen bewilligt hätten. Wir können nun mitteilen, daß nach ein- bis zweitägiger Aussperrung unsere jämmerlichen Forderungen in der verlangten Weise bewilligt waren, und ist wohl hieraus wieder zu ersehen, daß auch in den kleinen Zahlstellen, wenn die Kollegen nur einig sind, Vieles erreicht werden kann.

**Die Differenzen in der Möbelfabrik von Bauer in Leipzig.** Solonadenstraße, sind beigelegt. Laut telegraphischer Anweisung des im Bode befindlichen Bezirgs wurden die angekündigten Maßnahmen zurückgezogen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

**Achtung, Musikinstrumentenmacher!** Am Mittwoch haben in der Fabrik Lochmann'scher Musikwerke, Klingelstraße, Leipzig-Gohlis, sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Seit Januar d. J. hat die Leitung der Fabrik ein neuer Direktor, ein Herr Schütz, übernommen, der nach eigener Art Arbeiterverhältnissen an den Tag legte und dabei hat von zwei Meistern, den Herren Kemmer und Ludwig, Unterstützung erhalten. Die Maß zu Ungunsten der Arbeiter aus-  
**Achtung, Partebodenleger!** Im Partebodengeschäft von E. Schwarzkopf, München, Vertreter der Passauer Partefabrik, wurde in der letzten Woche ein Arbeiter gemafregelt, der seine Kollegen in Auftrage des Holzarbeiterverbandes nach

einmal drohte eine Explosion, als von Herrn Schluß das Kontrollsystem, von den Arbeitern als Hundemarkensystem bezeichnet, eingeführt wurde. Dem Arbeiterausschuß gelang es, die Arbeiter zu veranlassen, auch dies über sich ergehen zu lassen. Der neue Direktor war zunächst auf Probe angestellt worden. Seine Probezeit lief am 30. Juni ab. Und Herr Schluß scheint die Absicht gehabt zu haben, seine Fähigkeiten gerade noch in der letzten Zeit besonders erweisen zu wollen. Die Abrechnung des Lohnes wurde seit der vorigen Woche vom Donnerstag auf den Mittwoch verlegt, Lohnreduktionen wurden geplant und angekündigt, der Arbeiterausschuß wurde selbstherrlich aufgelöst; abermals wurden neue Strafandrohungen erlassen und dergleichen schöne Sachen mehr. Die Leitungen der beteiligten Arbeiterorganisationen (Holzarbeiterverband, Metallarbeiterverband, Gewerksverein der Maschinenbauer) haben gemeinsam mit Direktor Schluß verhandelt, ohne zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. So riß den Arbeitern die Gebuld. Noch ehe ihnen von ihren Vertrauensmännern über den unbefriedigenden Verlauf der Verhandlungen formell Bericht erstattet werden konnte, legte das genannte, 700 Köpfe starke Arbeiterpersonal, worunter sogar die Mitglieder des Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereins, die Arbeit nieder. Eine am 29. Juni in „Pantheon“ abgehaltene Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter hat die Arbeitseinstellung als berechtigt anerkannt.

**Aus Düsseldorf.** In einer am 29. Juni abgehaltenen öffentlichen Modellschreiner-Versammlung, welche sich über die gegenwärtige Lage der Bewegung im Düsseldorf'schen Eisenwerk vormals Senft und Hebe beschäftigte, wurde beschloßen, die Sperre daselbst aufzuheben, da die Firma alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um genügend Arbeitswillige gegen erhöhte Löhne heranzuziehen, und es uns nicht möglich war, die Kollegen zum Meiden der Firma zu veranlassen. Dem Meister Stegmann soll, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, am 15. Juni, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt, auf unsere Veranlassung gekündigt worden sein und wird seine Stellung am 1. September verlassen müssen. Auch hier war es wieder die Organisation, welche durch ihre Tätigkeit, wenn auch leider für Indifferente, verbesserte Lohn und Arbeitsbedingungen errungen hat, und die Düsseldorf'schen Kollegen werden nicht vergessen, die Herren Arbeitswilligen in warmem Andenken zu behalten, und dafür Sorge tragen, daß auch das Errungene halbwegs den Organisierten zu Teil werde.

**Aus Burg b. Magdeburg.** Troßdem unser Streik in die vierzehnte Woche hineingeht und die Unternehmer absolut keine Arbeitswilligen finden, können sie sich zu Konzessionen nicht verstehen. Von den M. 555, welche wir als gerechte Löhne für das Verbrechen des Streikpostenstehens von unserer Polizeiverwaltung zubilligt erhielten, hat das Schöffengericht bei der Verhandlung M. 410 gestrichen, jedenfalls für die Demunzianten und Staatsretter ein sehr zweifelhaftes Kompliment. Vermuthlich wird den Herren die Lust zum Anzeigenerkatten vergangen sein. Kollegen allerorts: Mit allen erdenklichen und unerdenklichen Mitteln hat man versucht, uns auseinander zu treiben, man hat es nicht erreicht. Wenn die Kollegen Deutschlands auch für die Zukunft den Zugzug fern halten, werden wir, mögen unsere Meister unternehmen was sie wollen, trotz des langdauernden Kampfes den Sieg davontragen.

**Zur Möbelarbeiterbewegung in Stuttgart** wird uns berichtet: Am Sonntag, den 25. Juni, sprach Kollege Weims in Gaildorf vor zahlreicher Kollegenchaft über den Stuttgarter Möbelarbeiterstreik und Kollege Weber in Steinheim über dasselbe Thema. Auch diese Versammlung war zahlreich besucht. Am Sonntag Vormittag fand in Marbach eine wichtige Besprechung über den Stuttgarter Streik statt. Der Buchhalter der Firma Bock & Fischer soll geäußert haben, wenn sie (die Firma) je Streifarbeiten mache, so gehe das Niemand etwas an. Dieser Herr sollte nur etwas vorsichtiger sein mit seinen Aeusßerungen, sonst könnten ihn seine Borgegesehen dazu veranlassen müssen. Als vor 1 1/2 Jahren bei der Firma Streik ausbrach, da waren es die Chefs, welche wieder den Frieden mit ihren Arbeitern herbeiwünschten, sie werden jetzt daher den Krieg nicht frivol heraufbeschwören. Verblendung ist es und Verkennung der eigenen Interessen, wenn die kleinen Firmen Streifarbeiten machen. Denn wenn in Stuttgart in den großen Fabriken zehn und elf Stunden gearbeitet würde, so würde den kleinen Geschäften im Lande eine Konkurrenz geboten, die geradezu niederdrückend wäre. Bei den maßvollen Einrichtungen der Stuttgarter Fabriken würde man im Stande sein, das Land mit Möbeln, Bauarbeiten usw. zu überschwemmen, und zwar zu einem Preise, bei welchem die kleinen Geschäfte überhaupt nicht bestehen könnten. Die kleinen Firmen mögen sich, um nur ein Beispiel anzuführen, den Preisstarif der großen Ham-burger Baufabrik einmal ansehen, und sie werden sich sagen müssen, daß sie zu solchen Preisen nicht liefern können. Die kleinen Firmen des Landes thun also aus diesem wie aus anderen Gründen gut, keine Streifarbeiten zu machen, vielmehr ihre eigene Kundschaft zu bedienen, denn nach dem Stuttgarter Streik sind sie doch nicht mehr die Freunde der Stuttgarter Fabrikanten; diese fragen nicht darnach, ob erstere denn ver-tragen oder nicht. Ihr Schreiner von Marbach und Steinheim aber, schließt Euch dem Holzarbeiterverbande an, dann habt Ihr nicht nöthig, Streifbrecherdienste, wenn man Euch je hierzu gebrauchen wollte, zu verrichten.

Samstag, den 24., und Sonntag, den 25. Juni, sprach Kollege Schneegäß in Löhningen und Gingen über „Das Buchhändlergesetz und den Stuttgarter Streik“. In allen Versammlungen versprach man, die Stuttgarter Kollegen kräftig zu unterstützen. Größere Beträge wurden bereits eingekassiert.

Der Terrorismus der Stuttgarter Fabrikantenführer hat schon viele Kollegen gezwungen, Stuttgart zu verlassen; Alle aber haben für den Verband gehörig gearbeitet. Kollegen Würtemberg's, macht dies nach und die Kleinfabrikanten werden dann bald keine Arbeiter mehr haben, die ihnen Streifbrecherdienste verrichten.

**Achtung, Möbelfabrik!** In der Hofmöbelfabrik von Th. Berger in Ulm werden für Stuttgart Möbel angefertigt. Ueber die Fabrik wird deshalb die Sperre verhängt.

**Achtung, Partebodenleger!** Im Partebodengeschäft von E. Schwarzkopf, München, Vertreter der Passauer Partefabrik, wurde in der letzten Woche ein Arbeiter gemafregelt, der seine Kollegen in Auftrage des Holzarbeiterverbandes nach

Feierabend zu einer sogenannten Werkstättenversammlung eingeladen hatte. Die Entlassung des betr. Mannes ist direkt auf seine Thätigkeit für den Verband zurückzuführen. Dies wurde ihm mit zünftiger Offenheit gesagt und zugleich auf Mitglieder der Lohnkommission in so unqualifizierbarer Weise geschimpft, daß die Beleidigten deshalb Strafantrag stellen werden. Bei Schwarzkopf weht überhaupt Scharfmacherluft. Er sucht in auswärtigen Zeitungen Bodenleger, um die ansässigen Kollegen und Verbandsmitglieder der Reihe nach entlassen zu können. Die Kollegen werden daher ersucht, den Zugang nach dem genannten Geschäft fern zu halten.

**Die Sperre über die Ulrich'sche Stellmacherei in Döbeln ist verhängt worden,** weil, wie uns geschrieben wird, die Beköstigung der drei in der Regel beschäftigten Kollegen nicht ausreicht, um ohne Schaden für die Gesundheit die schwere Stellmacherei ausführen zu können. Auch der Schlafraum läßt zu wünschen übrig. Im Uebrigen hat sich Herr U. auch an einem Gesellen thätlich vergreifen. Bedauerlich ist, daß er mit der Speiche geprügelte Kollege den schon gestellten Strafantrag zurückgezogen hat. Jedenfalls wäre dem Herrn an Gerichtsstelle begreiflich gemacht worden, daß man die Arbeiter nicht mit Prügel ablohnen darf. Mit der Lohnzahlung haperte es oft, Wochen lang mußte der Lohn stehen bleiben.

Daß ein weiteres Verbleiben in dem Geschäft unter den geschilderten Umständen nicht gut möglich ist, wird Jeder verstehen können, und es dürfte auch kaum anzunehmen sein, daß Kollegen von außerhalb sich nach den Fleischtöpfen des Herrn Ulrich sehnen sollten.

**Die Firma Seifert & Neuwirth, Dampfdrehslerei in Marktschorgast (Wahern),** Bahnlinie Hof-Münchberg, suchte in Nr. 27 unserer Zeitung „bei gutem Verdienst“ tüchtige Drechslergesellen. Wie uns nun von einem Drechsler geschrieben wird, ist es bei der Firma keineswegs so rosig, daß es sich lohne, eine vielleicht leidlich gute Arbeitsstelle mit einer bei obiger Firma zu vertauschen. Die Kollegen möchten daher vorsichtig sein und sich vor Schaben bewahren. Der Lohn ist äußerst niedrig und reicht nicht einmal zum Nothwendigsten aus. Also Achtung!

**Vom Fachverein der Drechsler für den Reichsberger Handelskammerbezirk** (Sitz Nürnberg, geht uns folgender Bericht zu:

Unterzeichneter Verein fühlt sich veranlaßt, auf diesem Wege den deutschen Kollegen bekannt zu geben, daß wir Nürnberger Drechsler, speziell Spigendrehler, auf Grund einer nicht bewilligten Lohnforderung mit Anfang nächster Woche in den Streik treten.

Im Interesse der gesammten Drechsler Deutschlands, welche die Schmutzkonzurrenz unserer hiesigen Drechslerfabrikanten nicht nur in unserem gesammten Gewerbe zu fürchten haben, sondern auch unter ihrem Einflusse stehen, erwarten wir, daß unserem gerechten und pflichtgemäßen Ansuchen Rücksicht entgegengebracht wird. Es wird darum der Wunsch ausgesprochen, hauptsächlich dahin zu arbeiten, daß in erster Linie jedweder Zugzug von Spigendrehlern nach Nürnberg fern gehalten wird und in zweiter Linie Verlängerungen der Arbeitszeit in den betreffenden Werkstätten, wo unser Fach einschlägt, energisch entgegen getreten wird, was im Interesse der gesammten Spigendrehslerei liegt.

Sollten vielleicht Unterstüßungen zu unserem Zwecke zu erwarten sein, so eruchen wir freundlichst, dieselben der Adresse des Obmannes unseres Vereines: Franz Martin, Drechsler in Nürnberg, Schönhornstraße Nr. 28, zuzusenden, was wir durch unser Fachblatt öffentlich quittiren würden.

Mit kollegialem Brudergruß unterzeichnet sich  
 Franz Martin, Obmann.

**In Budapest** sind die Unterhandlungen der Tischler mit ihren Meistern resultatlos verlaufen, weshalb Erstere in einen Streik eingetreten sind. Ueber zehn Werkstätten mit 1600 Arbeitern ist die Sperre verhängt. Die Polizei stellte sich nach altem frommen Brauche auf die Seite der Unternehmer, sie nahm Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte Sammellisten und Gelber. Der Zugzug ist strenge fern zu halten.

### Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

**Theorie und Praxis.** In einem Artikel über die Bedeutung der Maureraussperrung in Berlin schreibt die „Köln. Volksztg.“: „Wenn Arbeiter und Unternehmer sich gegenseitig aussprechen und mit nur einigem guten Willen sich anhören, so können sie sich sehr leicht verständigen. Das hat der Ausgang des Berliner Bauarbeiterstreites wiederum gezeigt. Er hat gezeigt, wie geringreich die Einigungsanstrengen wirken können, wenn man sich nur mit aufrichtigen Absichten an sie wendet. Er hat endlich die Bedeutung der geselligen Arbeiterorganisationen für den sozialen Frieden gezeigt. Die lokal- wie die zentralorganisierten Maurer hielten in dem Streik zusammen. Die Vertreter der Arbeiter vor dem Gemerbergerichte, unter denen der Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer und der Vertreter der Berliner Gewerkschaften waren, erklärten, mit aller Kraft für die Annahme des Vergleiches bei den Arbeitern eintreten zu wollen. Was wäre aus dem Streik geworden, wenn die Arbeiter keine Organisation besäßen? Dann hätten die Schreier, die auch in der erwähnten Maurerverammlung über „Berath“ und „unerhörte Schmach“ polterten, die Masse in einen verhängnisvollen Ausstand mit fortgerissen. Jetzt hielt sich die Mehrheit an die anerkannten, besonnenen Führer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, und deshalb zur Mäßigung rathen. Auch in der gemischten Kommission werden die Vertreter der Organisationen gewiß im gemäßigten und verständlichen Sinne wirken.“ Das ist ja sehr schön gesagt, leider aber steht die Praxis der Zentrumsleute sehr häufig hiermit im Widerspruch. Der Drucker und Verleger der „Köln. Volksztg.“ z. B. duldet in seinem Betriebe keine organisierten Arbeiter. Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiepsalt der Natur!

**Ende des Brauerstreiks in Frankfurt a. M.** In Frankfurt a. M. haben die streikenden Brauer den Ausstand für beendet erklärt, was das dortige Gewerkschaftsstatell auch zur Aufhebung des über die Braueren verhängten Dopplotts veranlaßte.



**Versammlungs-Anzeiger.**

**Berge-dorf.** Am Sonnabend, den 8. Juli, Abends 8½ Uhr, im Gasthofs „Stadt Schwerin“.

**Braunschweig.** Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 15. Juli, Abends 8½ Uhr, im „Papriichen Hof“, Im Dehlschläger.

**Charlottenburg.** Montag, den 10. Juli, Abends 8½ Uhr, bei Leber, Bismarckstr. 74.

**Düsseldorf.** Dienstag, den 11. Juli, im Lokale des Herrn Borgs, Schützenstraße.

Die Ortsverwaltung.

**Eiberfeld.** Am Montag, den 10. Juli, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Klogbahn 26.

**Hamburg.** Sektion der Drechsler. Am Sonnabend, den 8. Juli, Abends 8½ Uhr, bei b. Salzen, Caffamacherreihe 6/7. Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Sektion. 2. Bericht des Gefellenausschusses. 3. Die Gründung eines Arbeitersekretariats. 4. Werkstättenangelegenheiten und Werkstättenbelegirte. 5. Verschiedenes.

— Sektion der Stellmacher. Am Sonnabend, den 15. Juli, bei Hilmer, „Leistungshalle“, Gänsemarkt.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen  
Die Sektionsführer.

**Anzeigen.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Bruchsal.** Bev. August Bartholomä, Durlacherstr. 138. Kassirer Johann Glöckle, Durlacherstraße 66. Letzterer zahlt täglich die Reiseunterstützung Abends von 6 Uhr ab aus Herberge „Gasthaus zur Blume“, Kaiserstraße. Verkehrslokal „Gasthaus zum Einhorn“.

Wir ersuchen sämtliche Verwaltungen, uns den Aufenthalt des Kollegen Reinhold Schröder aus Sorau, Korbmacher, Buch-Nr. 176134, mitzuteilen. Derselbe hat sich eine unehrliche Handlungsweise der Organisation gegenüber zu Schulden kommen lassen.

Die Ortsverwaltung Würzburg.

Kollege Louis Sauer aus Uffeln (Walbed), Buch-Nr. 131026, wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Birmenskirch gegenüber nachzukommen.

G. Seifges, Kassirer.

Kollege Hartwig, gib Deine Adresse bekannt. Ortsbeamte werden gebeten, ihn hieran zu erinnern.

Die Ortsverwaltung Lüneburg.

**Nachruf.**

Am 27. Juni starb nach kurzem, schwerem Leiden an der Proletarierkrankheit unser Kollege, der Korbmacher

**Wilhelm Kukulenz**  
im 21. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm ein treues Verbandsmittglied und werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. [M. 1,40]

Die Ortsverwaltung Mühlberg a. G.

Kollege Martin Thomas, zuletzt in Witten a. d. R., sende mir, bitte, sofort Deine Adresse.

Carl Pesenecker, Schreiner, Borsen, Gaudenstraße 22, 1. Et.

Kollege Fritz Pauli, Tischler aus Genf (Schweiz), sende Deine Adresse an Fritz Lehm, Tischler, Dresden-Striesen, Büschelstr. 39. [M. 1,40]

Theodor Duden, Tischler aus Jever bei Wilhelmshaven, sende Deine Adresse an Deinen Freund Georg in Birkigt bei Bönshappel i. S.

Die Kollegen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. [M. 1,20]

Fremd Joh. Fieon, Tischler, sende Deine Adresse an

J. Blendinger, Drechsler, Hainburg, Koberstr. 59, bei Kühl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.  
Verwaltungsstelle Pössneck.  
Sonntag, den 16. Juli:

**Anflug nach Jena.**

Abfahrt früh 6 Uhr 22 Min. vom Saalbahnhof.

Tüchtige Möbeltischler suchen  
Lilie & Wendrich, Möbelfabrik,  
Lützen i. S.

4 tüchtige Möbeltischler, welche schon auf Lederarbeiten gearbeitet haben, sofort in dauernde Stellung gesucht. Lohn M. 21-26 pro Woche, je nach Leistung. Reisevergütung. Offerten unter K. R. 81 an die Exped. d. Z.

Sucht sofort einen tüchtigen Bau- und Möbeltischler, bei gutem Lohn  
Arthur Krieg, Bau- u. Möbeltischlerei,  
Müggel i. Thür.

Für meine neuerbaute Möbelfabrik mit Dampftrieb suche ich tüchtige Möbeltischler.  
Emil Berger, Cisleben.

Tüchtige Tischler und Stuhlbauer finden jeberzeit dauernde und lohnende Arbeit bei  
Braun & Richard, Möbelfabrik,  
Sangerhausen.

2 tüchtige Tischler wünscht auf bessere Bauarbeit, bei dauernder Beschäftigung  
W. Dehn jun., Tischlermeister,  
Grabow i. Mecklenburg-Schwerin.

1-2 tüchtige Bau- und Möbeltischler für dauernde Arbeit sofort gesucht.  
Carl Mewes, Tischlermeister,  
Baethen-Langerhütte.

Sucht auf gleich einen jungen, zuverlässigen Gesellen. Dauernde Arbeit. Lohn M. 9-12 bei freier Station.  
H. Dettmers, Stellmacher,  
Barel i. Oldenburg.

Gesucht werden noch mehrere tüchtige Korbmacher auf Gestellarbeit bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung.  
H. Jahn, Korbmöbelfabrik,  
Magdeburg-Neustadt, Breiter Weg 16.

Gesucht ein junger Korbmacher für dauernd.  
Lud. Rehsen, Trittau i. Pöfst.

Gesucht sofort 2 tüchtige Korbmacher auf Reifeförbe, bei hohem Lohn. Dauernde Arbeit.  
G. Weitzel, Minden i. Westf.

2 junge, zuverlässige Korbmachergefelln auf weiße geschlagene Arbeit erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei  
B. Tröbst, Stendal.

Korbmacher auf weiß und grün Geschlagen finden lohnende Beschäftigung.  
Otto Mangler, Wurzen i. Sachf.

Mehrere Korbmacher auf grün Gematt bei erhöhtem Lohn. Verheiratete erhalten Wohnung. Reisegeld.  
Val. Adamitz,  
Weferdeich (Gr. Oldenburg).

**10 Korbmacher**  
auf geschlagene Arbeit finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei  
Wissak & Handmann, Korbwaarenfabrik,  
Siberach a. d. Riß (Württemberg).

**Korbmacher**  
auf Kugelförbe werden gesucht. Zu melden bei  
R. Ulrich, Korbmachermeister,  
Güsten (Anhalt).

Sucht 2-3 tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit. Ballonförbe, Stück 30 1/2.  
Peter Wiesner,  
Schwanheim a. M., Querstr. 25.

Sucht per sofort  
**4 tüchtige Pecher,**  
dauernde Beschäftigung, im Accord per 1000 M. 1,70.  
Max Rieke, Pinjel- u. Bürstenfabrik,  
Schwelm i. Westf.

2-3 Kanmmacher finden dauernde Beschäftigung bei [80 1/2]  
Hermann Hofmann,  
Bernburg (Anhalt), Am Berber 17.

**Ca. 300 Fm.**  
milbes Eichenholz, 3., 4 und 5 Kl., aus Bgl. Forsten, rund oder nach Aufgabe geschn., abzugeben.  
Off. an F. Seifert, Sabelschwerdt in Schleien, erbeten.



Stellmacherei, mit guter Kundschaft, ist wegen Zuruhegehen zu verkaufen.  
Näh. b. Zuber, Stellmachern., Cöpenick.

**Tischler-Fachschule**  
Neustadt i. Neckl.  
Zeichner, Werkführer, Meister.

**Journirpressen,**  
neueste Konstruktion, gefeßlich geschüßt, bei  
F. Grünig, Offenbach a. M.

**Genossen!** Kauft nur den Bleistift  
„Solidarität“  
von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

**Görlitz.**  
Am Sonntag, den 23. Juli, Nachmittags, im „Weibedere“:  
**Gartenfest.**  
Konzert — Spiele — Tanz.  
Antreten Punkt 1 Uhr am „Goldenen Kreuz“. — Alle Kollegen werden ersucht, sich am Auszuge zu beteiligen.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Verwaltungsstelle Braunschweig.**  
Sonntag, 16. Juli, im „Weißen Hof“, Cellerstraße:  
**Sommer-Vergnügen,**  
bestehend in Konzert und Ball,  
unter gefälliger Mitwirkung des „Arbeiter-Gesangvereins“.  
Nach dem Konzert:  
Kinderpolonaise mit Lampions, wozu jedes Kind ein Lampion gratis erhält.  
Anfang 4 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst ein [M. 6,40] Das Festcomité.

**Bayerische Loden,**  
Cheviots und Sportstoffe für Herren und Damen sind in Haltbarkeit, Eleganz und Preiswürdigkeit unerreicht. Wir versenden zu bekannt niedrigen Preisen unsere durch ihre Güte berühmten Herren- und Damenstoffe. Alle Arten Tuche, Buckskins, Cheviots, Kammgarn, wasser-dichte Loden, Paletotstoffe, Damentuche, Damenloden, Beige, Fantasiestoffe, Damenkleiderstoffe jeden Geschmacks, Kattune, Flanelle, Waschstoffe und Baumwollwaaren Aus der tausendfachen Auswahl offeriren z. B.:

Monopol-Cheviot... 3mf. M. 6,-	Zu sehr	Damenloden... 6 m für M. 4,68	Zu
Sport-Anzug-Loden... 7,40	gediegen.	rw. Cachemire... 8 " " 5,40	eleganten
Lord-Cheviot... 9,-	Anzügen.	rw. Fantasiestoff... 7,50	Costumes

Muster vom Einfachsten bis zum Hochfeinsten franco an Jedermann ohne Kaufzwang.  
Angabe des Gewünschten erbeten. Garantie: Umtausch oder Zurücknahme. Tausende Empfehlungen.  
**Tuchausstellung, Wimpfheimer & Cie., Augsburg 93.**  
Größtes und ältestes Tuchversandhaus Deutschlands mit elektrischem Betrieb.

**Paul Horn, Hamburg**  
Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36  
Fabrik chemischer Produkte.

**Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

**Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

**Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, ranhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

**Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

**Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

**Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

**Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinspoliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen.

**Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

**Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

**Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

**Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

**Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

**Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

**Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

**Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

**Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

Verlag: A. Köste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg